

Was ist das Gemeinsame?

Überlegungen zu einem hegemonialen Projekt einer pluralen Linken nach der Finanzkrise.

„Will die Linke wieder ernst genommen werden, muss sie ihre Stimme finden. Grund für Empörung gibt es genug.“ (Tony Judt)¹

1. Die verpasste Chance: Finanzkrise – War was?

Wir schreiben das Jahr 2 nach dem Höhepunkt der schwersten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Derartige Einschnitte, so lehrt uns die Wirtschaftsgeschichte, können dazu führen, dass wirtschaftsliberale Phasen von sozial regulierten Phasen abgelöst wurden – und umgekehrt. Die berühmte, von Karl Polanyi beschriebene „Doppelbewegung“² aus kapitalistischer Vereinnahmung einerseits und einer Gegenbewegung zum Schutz der Gesellschaft vor den Folgen des Marktes andererseits kennzeichnet den Kapitalismus seit jeher. Darum bestand vor rund zwei Jahren auch eine berechtigte Hoffnung auf eine Gegenbewegung. Von einer „*Zeitenwende*“ war die Rede angesichts des offenkundigen Versagens der Ideologie des ungezügelter Marktes, die der politischen Linken das Leben seit rund vierzig Jahren schwer gemacht hat. Lange diskreditierte Argumente wurden wieder gehört. Das hegemoniale Pendel sollte nun wieder in die andere Richtung schlagen. Doch dies ist weder ein Automatismus, noch bewegt sich das Pendel in ein diskursfreies Vakuum. Welchen Charakter diese Gegenbewegung annimmt, hängt von der Ausgangslage der sozialen Kräfte und der politischen Diskurse ab.

Die globale Krise in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts war Ausgangspunkt ganz unterschiedlicher Gegenbewegungen. Die unheilvolle deutsche Geschichte ist bekannt. In den USA wiederum hatte die Große Depression ab 1929 mit dem *New Deal* erhebliche politische (soziale und demokratische) Innovationen zur Folge. Auch wenn der konkrete wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfolg vor den Rüstungsprogrammen im Zuge des Zweiten Weltkriegs umstritten ist,³ war der *New Deal* ein weit reichender und systemisch ansetzender Paradigmenwechsel. Langfristig wirkende Investitionsprogramme, der Ausbau öffentlicher Beschäftigung, progressive Besteuerung, soziale Rechte, Sozialversicherungen, Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung usw. bedeuteten eine neue politische Grundausrichtung. Die Finanzmärkte wurden wieder auf ihre der Realwirtschaft dienende Funktion beschränkt. Mit dem Glass-Steagall-Act von 1933 wurden Geschäfts- und Investmentbanken voneinander getrennt (1999 von Clinton wieder aufgehoben) eine Aufsichtsbehörde für den Wertpapierhandel eingeführt. Später (1944) folgte das System von Bretton Woods mit u.a. festen Wechselkursen, auch wenn weitergehende Vorstellungen des „Keynes-Plans“ an den USA

¹ Tony Judt (2011): Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, München, S. 16

² Karl Polanyi (1978): *The Great Transformation*, S. 112

³ Vgl. James K. Galbraith (2009): Lehren des *New Deal*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 07/2009, S. 48 - 56

scheiterten. Eben dieser Keynes leitete auch eine Revolution wirtschaftswissenschaftlichen Denkens ein. In Europa kam es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – freilich auch unter der Bedingung des politischen Systemgegensatzes – zu einem Ausbau des Sozialstaates und einem regulierten Kapitalismus.

Doch verglichen mit dem New Deal und dem Keynesianismus war die jüngste politische Gegenbewegung allenfalls ein laues Lüftchen. Einen relevanten Politisierungsschub hat es ebenso wenig gegeben wie einen neuen politischen Diskurs. Wenn Wahlen auch nur bedingt als Indikator für politische Klimawechsel dienen können, so fällt doch auf, dass die Krise in der breiten Bevölkerung zu keiner Politisierung und Mobilisierung gegen die krisenverursachende Ideologie des Wirtschaftsliberalismus geführt hat. In Deutschland sank die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl im Krisenjahr 2009 mit 70,8 Prozent auf ein historisches Tief. Rechnet man SPD, Grüne und Linkspartei zum Lager „links der Mitte“, konnte dieses nur noch 31,8 Prozent aller Wahlberechtigten für sich gewinnen. Vier Jahre zuvor waren es noch 39 Prozent. Nicht nur die deutschen Sozialdemokraten verloren ihre Regierungsbeteiligung an eine konservativ-liberale Koalition. Auch für drei einstige Musterländer der europäischen Sozialdemokratie kam es im Folgejahr knüppeldick: Im Mai 2010 wurde in Großbritannien die 13-jährige Labour-Ära beendet. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2010 in den Niederlanden sanken die Sozialdemokraten unter 20 Prozent und wurden von den Rechtsliberalen überholt, auch die Rechtspopulisten von Geert Wilders lagen nur knapp hinter ihr. Im September 2010 schließlich stürzten die schwedischen Sozialdemokraten mit knapp 31 Prozent auf ihr schlechtestes Ergebnis seit 90 Jahren ab. Im Gegenzug kamen die rechtspopulistischen „Schweden-Demokraten“ auf knapp 6 Prozent. Im April 2011 in Finnland schließlich haben die linken und grünen Parteien allesamt Einbußen hinnehmen müssen, die europafeindlichen „Wahren Finnen“ hingegen konnten deutlich auf 19 Prozent zulegen. Auch wenn derzeit nicht entschieden ist, ob die Krise einen dauerhaften konservativen Backlash begünstigt hat, können für die Bundesrepublik zumindest einige Gründe benannt werden, warum das linke Lager in Gänze nicht profitieren konnte:

Erstens hat das recht erfolgreiche Krisenmanagement zu Zeiten der Großen Koalition - zwei Konjunkturpakete und die Ausweitung der Kurzarbeit - ein Durchschlagen der Krise auf breite Teile der Gesellschaft verhindert. Die persönliche Betroffenheit war keine gemeinsame Erfahrung, sie vollzog sich nach Sektoren und Branchen unterschiedlich und auch zeitlich versetzt. Und für andere Teile waren Krisenerfahrungen wie forcierte interne und externe Flexibilisierung, Langzeitarbeitslosigkeit, Lohninbußen oder prekäre Arbeitsverhältnisse auch schon vor der Krise Alltag.

Zudem haben *zweitens* einige der Rettungsmaßnahmen, wie die Stabilisierung der Banken und einzelner Großkonzernen wie Opel, angesichts der wachsenden Staatsverschuldung und neue Gerechtigkeitsfragen neue Unsicherheiten erst hervorgerufen. Eine Politik, die kein Geld für ordentliche Schulen aber gigantische Bankenrettungspakete hat, weckt kein neues Vertrauen, sondern führt zu noch mehr politischem Fatalismus – zumal dann, wenn man sich dieses Geld nicht von Verursachern der Krise zurückholt.

Drittens waren die ökonomischen Hintergründe komplex und nicht einfach zu erläutern. Wer war denn nun Schuld? Die Investmentbanker? Amerikanische Häuslebauer? Es mangelte sicherlich an einer hinreichend starken, nachhaltigen und ernst gemeinten Empörung, wie sie populäre Autoren wie Stéphane Hessel oder Tony Judt einfordern. Die kurzfristige Empörung in Politik und Medien wich schnell wieder dem politischen Alltagsgeschäft. Zugleich fehlte es an einer aufklärerischen Kritik über die moralische Verurteilung der „Gier“ oder einen „hilflosen

Antikapitalismus“⁴ hinaus – an einer populären Kriseninterpretation, die an weite Teile der Gesellschaft anschlussfähig ist. Gegen eine Regierung oder ein Unternehmen kann man leicht protestieren, aber wie mobilisiert man gegen die anonyme Logik eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus? Zudem befanden sich SPD und Grüne in der Glaubwürdigkeitsfalle, weil sie die Politik der Privatisierung und Finanzmarktförderung selbst mit betrieben haben. Zu einem selbstkritischen Bruch mit dieser Vergangenheit fehlte der Mut. Schon die im Jahr 2005 eher zufällig ausgelöste „Heuschreckendebatte“ über die Praktiken von Finanzinvestoren blieb aus diesem Grund ohne politische Konsequenzen.

Denn Kritik muss *viertens* auch in konsequenten und bündnisfähigen Forderungen münden. Es wurden zwar viele sinnvolle Instrumente z.B. zur Finanzmarktregulierung gefordert, aber was fehlte, war eine gesellschaftspolitische Leitidee und ein politisierender Konflikt. Zu Recht bemängelt Oskar Negt „Ohnmacht und Fantasielosigkeit im Umgang mit der Krise.“⁵ Die Auseinandersetzung mit der Krise hat einmal mehr gezeigt, dass Politik und Medien die Fähigkeit eingebüßt haben, ganzheitlich zu denken. Problemlösungen werden oft nur in den Teilsystemen gesucht, in denen sie auftreten. Finanzierungsprobleme der Rente werden durch Rentenkürzungen beantwortet und nicht auf dem Arbeitsmarkt gelöst. Arbeitsmarktprobleme rufen eine andere (aktivierende) Arbeitsmarktpolitik auf den Plan, aber keine andere Wirtschaftspolitik. Und so wurden die Wurzeln der Finanzkrise eben im Finanzsektor identifiziert. Je detaillierter man sich aber nun auf die Fehlentwicklungen im Finanzsektor einlässt – egal, ob es um Derivate, CDO, Leerverkäufe oder falsche Anreizstrukturen durch Boni geht – desto mehr gerät der systemische Charakter der Krise aus dem Blick. Am Ende stand ein Sammelsurium an richtigen, aber letztlich nur an den Symptomen ansetzenden End-Of-Pipe-Maßnahmen. Der politökonomische Kern der Krise – das Scheitern einer im Weltmaßstab seit Mitte der 70er Jahre verfolgten Strategie, durch das Prinzip „Privat vor Staat“ und eine Politik der Umverteilung von unten nach oben eine neue Prosperitätskonstellation zu schaffen – wurde nicht angetastet. Auch wenn hier und da das blutleer gebliebene Stichwort vom *Sozial-ökologischen New Deal* auftauchte, war die Linke inhaltlich nicht darauf vorbereitet, ein eigenes Konzept für eine neue sozial und ökologisch tragfähige Prosperitätskonstellation auch nur in die Diskussion zu bringen, geschweige denn, durchzusetzen.

Daher war es auch *fünftens* für die Konservativen ein leichtes Spiel, die Nachwirkungen der Krise im „Zeitalter der Unsicherheit“ (Tony Judt) zu nutzen, um die Finanzkrise als Staatskrise umzuinterpretieren. Es war bemerkenswert, wie konzertiert die Entwicklung in Griechenland und die vermeintlich bedrohliche Lage des Euro Mitte 2010 instrumentalisiert wurde: Unisono stimmten ganz plötzlich Angela Merkel, David Cameron, Bankenvolkswirte und andere Liberal-Konservative die Melodie an, dass die hohe Staatsverschuldung verantwortlich zu machen sei. Der alte Schlager, die Staaten würden „über ihre Verhältnisse leben“, stürmte wieder die Charts. Suggestiert wurde, nötig wären lediglich ein paar bessere „Spielregeln“ für die Finanzmärkte, Exit-Strategien für die diversen Rettungsschirme sowie eine Rückbesinnung auf restriktive Geld- und Fiskalpolitik und dann könne man am Status Quo vor der Krise wieder anknüpfen.

Die Diskursverschiebung – weg von den Ursachen der Finanzkrise und hin zur Euro- und Staatsfinanzenkrise – hat dann auch die Lunte gelegt, die von Rechtspopulisten wie den „Wahren Finnen“ nur noch angezündet werden musste. Aus dem „Wir zahlen nicht für eure Krise“ und der Forderung, die Verursacher zu beteiligen wurde ein „Wir zahlen nicht für Griechenland, Portugal & Co.“.

⁴ Matthias Machnig / Joachim Raschke (2009): Richtungs- oder Regierungswahl? Strategische Ausgangsbedingungen der Bundestagswahl 2009, in: Dies. (Hg.): Wohin steuert Deutschland, Hamburg, S. 20

⁵ Oskar Negt (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, in: NGFH 12/2010, S. 64

Unterm Strich ist es der Linken bislang nicht gelungen, eine wirkliche „Zeitenwende“ herbeizuführen. Darüber können auch aktuelle Wahlerfolge von SPD und Grünen auf der Ebene der Bundesländer wenig hinwegtäuschen. Es fehlt ein Konzept sowohl auf der programmatischen Ebene als auch auf der Ebene der Diskurse, also der Interpretation sozialer Realität. Dieser Text befasst sich mit den inneren Widersprüchen und Potenzialen sowohl des konservativen als auch des „linken“ Lagers. Und er sucht nach neuen Gemeinsamkeiten und Strategien einer „pluralen Linken“ als Voraussetzungen eines hegemonialen Projekts nach dem Wirtschaftsliberalismus – ohne den Anspruch zu erheben, fertige Antworten zu liefern.

2. Der geschmeidige Konservatismus

Ist der Wirtschaftsliberalismus überhaupt am Ende? Zumindest ist er argumentativ in die Defensive geraten und die Krise hat auch im „bürgerlichen Lager“ eine Entwicklung beschleunigt, die sich bereits Mitte des letzten Jahrzehnts andeutete. Im Jahr 2005 wollte eine Mehrheit der Wähler zwar die rot-grüne Regierungsphase beenden, aber zugleich gab es keine Mehrheit für das wirtschaftsliberale Programm von Union und FDP. Dies wurde durchaus ernst genommen. Schon damals zeichnete sich das Ende einer engen Partnerschaft zwischen Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus ab, die in Folge der so genannten „Tendenzwende“ ab Mitte der 70er Jahre begann: Dieser Neokonservatismus bildete eine neue Synthese aus konservativer Kulturkritik und wirtschaftlichem Liberalismus. Nicht mehr das Leiden an der bürgerlichen Gesellschaft war prägend für den neuen Konservatismus, sondern ihre Verteidigung gegen Wohlfahrtsstaat, Postmaterialismus und Neue Soziale Bewegungen, die auch als Bremskräfte für wirtschaftliche Prosperität angesehen wurden.

Zumindest auf der Ebene der öffentlichen Politikbegründung hat der Konservatismus seine feste Partnerschaft mit dem wirtschaftsliberalen Lebensabschnittsgefährten beendet, was gelegentliche Techtelmechtel nicht ausschließt und auch keinen konsequenten inhaltlichen Bruch impliziert. Moderne Konservative sind erkennbar bemüht, post-neoliberale Deutungsmuster zu etablieren. Wolfram Weimer - früher Cicero, nun Focus - hat einen Essay verfasst mit dem Titel „Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht“.⁶ Er schreibt: „Werte statt Wertpapiere, so dürfte die Devise lauten. Wir stehen damit vor einer konservativen Wende. Die Linke hatte ihre beiden Jahrzehnte, die Liberalen hatten sie, jetzt sind die Konservativen dran“. Dementsprechend waren die Konservativen nie für deregulierte Märkte, sondern stets für eine ordoliberal geprägte soziale Marktwirtschaft. Gegen das vermeintliche „revolutionäre“ Denken der Linken und der Liberalen setze man wieder auf „Maß und Mitte“ bzw. auf das klassische Zusammenspiel von Kontinuität und Evolution. Zum Kapitalismus, so viel wird zugestanden, gehören nun einmal Krisen, diese müsse man hinnehmen. Ursächlich verantwortlich für die Krise sei, so Karen Horn - früher FAZ, nun Institut der Deutschen Wirtschaft - auch gar nicht der Finanzkapitalismus: „Die Wurzel des Übels liegt vielmehr woanders: in der *Conditio humana*. Und die ändert sich auch nicht mit einem anderen Wirtschaftssystem. Die Krise ist dem Menschen an sich immanent“.⁷ Und Weimer sekundiert: „Ob Banker oder Amerikaner, Gierige oder Raubtierge – sie waren es nicht allein. Der kollektive

⁶ Wolfram Weimer (2009): Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht, Gütersloh, S. 70

⁷ Karen Horn (2010): Modell Deutschland, in: Frank Schirmacher / Thomas Strobl (Hg.): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin, S. 20

Marsch in die Verschuldungskrise ist ein globales Massenphänomen“.⁸ Es sind nach konservativer Lesart also vor allem vier Faktoren, die für die Krise verantwortlich gemacht werden: Die menschliche Gier, die exzessive Geldpolitik, die verantwortungslose Finanzpolitik des Schuldenmachens und schließlich eine Verletzung der staatlichen Aufsichtspflicht, ein Mangel an Transparenz und fehlende „Spielregeln“.

Doch der Wirtschaftsliberalismus hinterlässt den Konservativen viele ungelöste Fragen, vor allem hinsichtlich der Versprechen der „Sozialen Marktwirtschaft“, zur der sich, wenn es mal eng wird, auch FDP und Deutsche Bank immer wieder bekennen. Angela Merkel wiederum hat das zeitweilige Experiment, eine „neue soziale Marktwirtschaft“ zu fordern – eine nicht zufällige sprachliche Annäherung an die gleichnamige wirtschaftsliberale PR-Organisation – längst wieder eingestellt. Aber was hat uns der Ordoliberalismus mitzuteilen, wenn heute die Machtkonzentration nicht nur von Monopolen ausgeht (denen man auch teilnahmslos gegenübersteht), sondern von global vernetzten Finanzmärkten? Wie kann in einem Kapitalismus, der den Erfolg mehr belohnt als ehrliche Arbeit, das Leistungsprinzip erhalten bleiben, vor allem angesichts einer wachsenden Verunsicherung in der umworbenen „Mitte“ der Gesellschaft? Wie verträgt sich die Rechtfertigung des flexiblen Kapitalismus mit konservativen Werten? Udo di Fabio bringt dieses Dilemma auf den Punkt, wenn er einerseits „der Wirtschaft mehr Luft zum Atmen“⁹ geben will, aber im selben Atemzug fordert, tagespolitischen Bedürfnissen nicht nachzugeben, um Gemeinschaften und Familien zu schützen. Auf die Frage, wie er zum finanzmarktgetriebenen und flexiblen Kapitalismus steht, kann der Konservatismus offenkundig keine befriedigende Antwort geben.

Auf der (partei-)politischen Ebene finden wir daher auch nur ein taktische, bestenfalls strategische, aber keine programmatisch-konzeptionelle Auflösung der Fragen. Die modernen Entscheider setzen auf einen smarten Konservatismus, der in der Lage ist, sich flexibel an gesellschaftliche Veränderungen und Stimmungen anzupassen. Die Begriffe des „compassionate conservatism“ oder des „mitfühlenden Konservatismus“ riechen schon derart parfümiert nach Designerideologie, dass eher von einem *geschmeidigen Konservatismus* gesprochen werden sollte. Geschmeidig-Konservative wie James Cameron oder Frederik Reinfeldt hüten sich davor, wie es einst Margaret Thatcher tat, dem Sozialstaat den Krieg zu erklären. Sie verweigern fundamentale Konflikte, auch um dem politischen Gegner keine Chance zur Mobilisierung zu bieten. Insofern nähern sich die Konservativen wie die Sozialdemokratie der letzten 15 Jahre auch der „neuen Mitte“ an, nur von der anderen Seite. Sie setzen auf kleine Schritte und sind ideologisch für vieles offen. Angela Merkel bringt dies auf die Formel, sie sei halt „mal liberal, mal konservativ, mal christlich-sozial“. Sie alle setzen auf „Maß und Mitte“, nur welches Maß und welche Mitte wird situativ entschieden. Wo die gesellschaftliche Entwicklung und Sachzwänge alte konservative Dogmen in die Defensive drängen, werden diese abgeräumt. Ausländer? Sind nun mal da, also muss man sie integrieren. Wehrpflicht? Wird aus Kostengründen eingespart. Auch die rapide Kehrtwende der Bundesregierung in der Atompolitik nach der Katastrophe in Japan ist Ausdruck dieser Geschmeidigkeit.

Wenn dieser fluide Post-Neo-Konservatismus einen – allerdings auch weichen - Kern hat, dann ist dies der *Diskurs um „(neue) Bürgerlichkeit“*, den man nicht damit abtun kann, dass es sich nur um einen schalen Aufguss aus vergangenen Jahrhunderten oder um „belanglose Manierenratgeberei“¹⁰ handele. Der Begriff fungiert als Chiffre. Die im Deutschen unklare Bedeutung des Bürger-Begriffs ist hier seine Stärke. Nach einer aktuellen Befragung der Konrad-

⁸ Wolfram Weimer, S. 66

⁹ Udo di Fabio (2005): Die Kultur der Freiheit, München, S. 58

¹⁰ Werner Plumpe (2009): Neue Bürgerlichkeit? Tragödie und Farce, in: Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 1/2009, S. 104

Adenauer-Stiftung sehen 90 Prozent der Deutschen den Begriff „bürgerlich“ positiv und 80 Prozent würden sich selbst als „bürgerlich“ bezeichnen.¹¹ Aufgeladen ist der Begriff dieser Studie zufolge sowohl mit Begriffen wie Ordnung, Zuverlässigkeit, Strebsamkeit aber auch mit Selbstbestimmung, Toleranz und Freiheit. Würde der Begriff präzise definiert, würde aufliegen, dass nie eindeutig geklärt wird, wer denn nun drinnen und draußen ist, wer die „Bürgerlichen“ und wer die „Unbürgerlichen“ sind. Da man im globalen Zeitalter kein Nationalist mehr sein will, verteidigt man die „westlichen Werte“, gelegentlich auch Leitkultur genannt, und die „Idee der Freiheit“, die sich zumeist aber in den bürgerlichen Freiheiten erschöpft. Die wirtschaftsliberale Formel „Privat vor Staat“ wird jedoch nun etwas weiter gefasst und mit subsidiären oder kommunitaristischen Gedanken aufgeladen. Bürgerlich ist derjenige, der nicht nach dem Staat fragt, sondern sich persönlich für das Gemeinwesen einsetzt. Wer über hinreichend Geld verfügt, soll dies spenden – ob für Tafeln oder Philharmonieneubauten ist da zweitrangig. Wer außer seiner Arbeitskraft nichts einzubringen hat, steht zumindest in der Pflicht, diese im Interesse der Gemeinschaft zu optimieren und einzubringen. Eine eigenverantwortliche Lebensführung ist die höchste Bürgertugend im Dienste des Gemeinwohls (in vulgo: Wirtschaftsstandort) und jedes Scheitern wird dem frei handelnden persönlich zugerechnet. Das Beschwören der Bürgertugend passt prima zur „neozosialen“ Begründung des Sozialstaats, die auf die Aktivierung des Einzelnen im Dienste der (Standort-)Gemeinschaft abzielt.¹² Im bewussten Kontrast zur neokonservativen Margaret Thatcher, die in ihrem berühmten Ausspruch die Existenz von „so etwas wie Gesellschaft“ verneinte, verkündete der spätere britische Premier David Cameron in seiner Rede nach der Wahl zum Vorsitzenden der Tories: „There is such a thing as society, it's just not the same thing as the state.“

Um diesen Bürgerlichkeitsdiskurs herum bewegen sich einige diskursive Satelliten, die sicherlich für verschiedene Strömungen und Vordenker im konservativen Lager stehen, jedoch von politischen Akteuren bedarfsweise zum Einsatz gebracht werden können.

Der *Anti-Etatismus* wird immer dann benötigt, wenn es darum geht, grundlegende wirtschaftspolitische Eingriffe oder gar sozialpolitische Umverteilung abzuwehren bzw. zurückzudrängen oder die Emotionen der Steuerzahler zu mobilisieren. Dieser auf der liberalen Idee des „Besitzindividualismus“¹³ basierende Diskurs konstruiert den wirtschafts- und sozialpolitisch handelnden Staat als feindliches Außen. Dies ist die Kernbotschaft von Akteuren wie dem Bund der Steuerzahler oder „Reforminitiativen“ wie dem „Bürgerkonvent“. Den fulminantesten Beitrag zur Staatsverachtung hat in der jüngeren Vergangenheit wohl Peter Sloterdijk geleistet. In seinem „bürgerlichen Manifest“¹⁴ sieht er Deutschland als einen „Umverteilungsstaat mit krypto-semi-sozialistischer Struktur“, regiert von einer „Lethargokratie“, die einem notorisch nörgelnd-unzufriedenen Volk nach dem Munde redet. Nach seiner Deutung befindet sich das Land im festen Griff einer latenten Sozialdemokratie im Sinne einer „Transfermaschine“, die nicht zwingend von der manifesten Sozialdemokratie (der SPD) bedient werden müsse. Der Konflikt unserer Zeit sei derjenige zwischen den „Steueraktiven“ bzw. „Transfermassengebern“ auf der einen und den „Transfermassennehmern“ auf der anderen Seite. Der Besitzindividualismus wird hier psychopolitisch begründet: Dem drögen Zahlen von Steuern in das schwarze Loch des Staatsmolochs wird das Spenden, die „Schönheit des Gebens“¹⁵ als Ausdruck des thymós, von Leidenschaft und Stolz entgegengesetzt. So wird hier der Versuch unternommen, eine Brücke zwischen der ums Gemeinwohl bemühten „Bürgerlichkeit“ und dem Anti-Etatismus zu errichten.

¹¹ Konrad-Adenauer-Stiftung (2011): Das Bürgerliche und der Protest, <http://www.kas.de/wf/de/33.21970/>

¹² Stephan Lessenich (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld

¹³ C. B. Macpherson (1973): Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt a. M.

¹⁴ Peter Sloterdijk (2009): Aufbruch der Leistungsträger, in: Cicero 11/2009, S. 95- 107

¹⁵ Peter Sloterdijk (2010): Die nehmende Hand und die gebende Seite, Berlin

Von Sloterdijks Stolz der Besitzenden ist der Weg nicht weit zum *Anti-Egalitarismus*. In Zeiten, in denen gerade die Konservativen mal wieder verkünden, dass der Gürtel enger zu schnallen sei, sind sie angewiesen auf Begründungen zur Rechtfertigung von Ungleichheit. Zudem muss den „Bürgerlichen“ ja immer auch ein soziales Außen gegenüberstehen, schon aus Gründen der Distinktion. In der moderaten Ausprägung liest man die Texte des Historikers Paul Nolte, erschauert über die Rohheit der Unterschicht und fühlt sich gut darin, eine gefüllte Bücherwand statt Flachbildschirm zu haben. Weniger um feine Unterschiede sondern um harte Interessen geht es Bürgerinitiativen wie „Wir wollen lernen“ in Hamburg. Dieser Volksaufstand mit Einstecktuch stützte auf ein krudes Sammelsurium an pädagogischen und sonstigen Begründungen - mit dem Ziel, die Ausweitung der Primarstufe auf sechs Jahre per Volksentscheid zu verhindern, damit ihr Elitenachwuchs möglichst früh von den Unterschichtskindern separiert wird. Und für all diejenigen die nach einer „objektiven“ Begründung für ihr Bedürfnis nach einer Abwertung bestimmter Gruppen gesucht haben, hat Thilo Sarrazin mit seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ die sozialdarwinistische Büchse der Pandora geöffnet: Ob Unterschicht oder Muslim oder beides - Doof bleibt doof, da ist jeder Euro Förderung rausgeworfenes Geld, so die Parole. Dass dieser Anti-Egalitarismus auf fruchtbaren Boden fällt, zeigt die aktuelle Welle der Langzeituntersuchung des Teams um Wilhelm Heitmeyer.¹⁶ Sie stellen einen Zusammenhang fest zwischen der Grundhaltung, an das unternehmerische Denken des Einzelnen zu appellieren und der Feindlichkeit gegenüber Langzeitarbeitslosen sowie Muslimen. In den letzten Jahren haben diese Einstellungsmuster vor allem im gesellschaftlichen Obergeschoss an Bedeutung gewonnen. Ein wachsender Egoismus geht dort einher mit einer abnehmenden Empathie für benachteiligte Gruppen. Der Übergang der „neuen Bürgerlichkeit“ zum Rechtspopulismus ist hier fließend.

Und schließlich müssen Konservative auch eine Antwort auf die drängenden Zukunftsfragen finden und finden ihr Heil im *Anti-Produktivismus*. Auch hier ist der Ausgangspunkt die (in diesem Fall demografisch und ökologisch begründete) Annahme, dass man sich mit einer sinkenden Verteilungsmasse abzufinden habe. Daher müsse Schluss sein mit dem „Wachstumswahn“, wie dies Meinhard Miegel formuliert.¹⁷ Erforderlich sei die Entkopplung von Wachstum und Wohlstand, denn Materielles sei nicht gleichbedeutend mit Glück. Das Maßhalten gelte – was auch sonst – natürlich vor allem für Arbeitnehmer. Arbeit müsse billiger und Naturverbrauch teurer werden, damit die Preise die „wirklichen Knappheiten“¹⁸ widerspiegeln. Und da ein geringerer materieller Wohlstand auf mehr Dienstleistungsarbeit basiere, müssten diese auch zu „bescheidenen Löhnen“ erbracht werden. Kein Wunder, dass Miegel in seinem Zukunftskonzept die Gewerkschaften als „Gralshüter des Überkommenen“ begreift. Denn merke: „Gleichheit - die gibt es vor Gott und in Maßen vor Wahlurnen und Gesetz“ - so viel Ehrlichkeit war selten.¹⁹ Die Kombination aus „neuer Bürgerlichkeit“ und der Kritik am „Wachstumswahn“, gepaart mit einer wirtschaftsliberalen Sichtweise von Demografie und Generationengerechtigkeit stößt durchaus auch im ehemals alternativen Bürgertum auf Resonanz. Sie bildet das Rohmaterial, aus dem seit einigen Jahren Leitmedien wie die ZEIT sowie manche politische Akteure versuchen, ein schwarz-grünes Projekt zu formen.

Das bereits erwähnte Außen des neo-bürgerlichen Diskurses bilden all diejenigen, die nicht für die so genannten „westlichen Werte“ einstehen. Dies sind natürlich Muslime, vor allem die nicht assimilationsbereiten. Dies sind zudem die vermeintlich Passiven, die Beharrenden, die Nicht-Energetischen, die Unproduktiven, die Unterschicht. Wer zum bürgerlichen „Wir“ gehört, kann flexibel anpasst werden, aber natürlich kann kein Konservatismus, auch kein liberal-

¹⁶ Wilhelm Heitmeyer (Hg. 2010): Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin

¹⁷ Meinhard Miegel (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin

¹⁸ ebenda, S. 187

¹⁹ ebenda, S. 194

geschmeidiger, darauf verzichten, den politischen Großgegner zur Wurzel allen Übels zu erklären. Da dem Anti-Kommunismus sein Gegner abhanden gekommen ist, muss das Zerrbild von der Linken nun breiter gezeichnet werden. Die – durchaus amüsante – Betriebsanleitung zum Linken-Bashing hat unlängst der Spiegel-Redakteur Jan Fleischhauer erstellt, der weitgehend unterschiedslos Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Feministinnen, Ökologen und Terroristen als „die Linke“ zusammenfasst.²⁰ Diese Linke mache aus allen Randgruppen Opfer, sei gutmenschelnd aber auch technokratisch, predige Wasser und trinke Wein und sei verantwortlich für den Leistungsabfall im Bildungssystem, für die Staatsverschuldung usw. Wenig davon stimmt, bis vielleicht auf seine Kritik am Humor der Linken, aber als konservative Selbstbestätigungslektüre funktioniert es vorzüglich.

Bei soviel Geschmeidigkeit des Regierungskonservatismus liegt es auf der Hand, dass Traditionsbewahrer eine Stärkung des „bürgerlich-konservativen Elements“ einfordern, wie dies im Jahr 2007 ein paar Jung-Konservative in der Union um den kurzzeitigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus in einem Positionspapier getan haben.²¹ Doch liest man den Text, bekommt man den Eindruck, dass es sich hier um einen Phantomschmerz handelt, denn so richtig erläutern können sie auch nicht, was genau sie vermissen, wenn sie den materiellen Gehalt der „Leitkultur“ dann doch wieder auf das (wahrlich nicht nur konservative) Grundgesetz zurückführen. Eine besondere Ironie ist, dass selbst reflektierte Konservative wie Udo di Fabio aus ´68 und dem was folgte, immer noch einen Popanz machen, der „Ressentiments gegen die bürgerliche Lebenswelt“²² schüre, übersehend, dass die strategische Stärke des Diskurses um „neue Bürgerlichkeit“ darin liegt, dass er längst in linkoliberalen Milieus eine gewisse Resonanz zeigt. Da erwies sich Angela Merkel in ihrer Rede zum 60-jährigen Bestehen der CDU nicht nur geschmeidiger, sondern auch strategisch klüger und dialektisch geschulter, als sie sagte: „Manches an gesellschaftlicher Veränderung, was 1968 und danach die alte Bundesrepublik und auch die CDU bewegte, ist heute Allgemeingut.... Aber alle erkennen jetzt auch: Die geistigen Ressourcen von 1968 waren zu eng für die Zukunft unseres Landes. Die Utopien dieser Generation müssen der Realität Platz machen, wenn das Land eine gute Zukunft haben soll.“

Freilich, dieser geschmeidige Konservatismus hat kein programmatisches Projekt wie einst die „Soziale Marktwirtschaft“. Weil er über kein post-neoliberales Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept verfügt, hat er auch keine neue Erzählung vom „Wirtschaftswunder“. Im Gegenteil: angesichts der Feudalisierung ökonomischer Eliten und ihrer Entkopplung vom Gemeinwohl kann man auch von einem „Kapitalismus ohne Bürgerlichkeit“²³ sprechen, der das Bürgerlichkeits-Gerede als recht hohl entlarvt. Aber er verfügt über Integrationsformeln und Feindbilder, die funktionieren, weil die Linke diesen derzeit wenig entgegensetzen kann.

3. Das „linke Lager“ an und für sich

Die öffentlichen Erörterungen über das Lager links der Mitte beschäftigen sich meist gar nicht mit Werte- oder Sachfragen. Bestimmend sind Oberflächendebatten über Personal, Macht und

²⁰ Jan Fleischhauer (2009): Unter Linken, Reinbek

²¹ Stefan Mappus / Markus Söder / Philipp Mißfelder / Hendrik Wüst (2007): Moderner Konservatismus – Warum die Union wieder an ihre Wurzeln denken muss

²² Udo di Fabio (2005), S. 32

²³ Sighard Neckel (2010): Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, Working Paper 10/6 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln

Taktik. Dürfen die Grünen aus dem Lager ausbrechen und mit der Union koalieren? Darf die SPD mit der Linken zusammenarbeiten? Interessanter als die Diskussion über ein *Lager „an sich“* im Sinne von politisch oder rechnerisch denkbaren Regierungskoalitionen wäre die Frage nach dem *Lager „für sich“* – also, ob diese Parteien links der Mitte – und selbst diese Verortung ist ja schon höchst umstritten – bei aller Verschiedenheit überhaupt über ausreichend gemeinsame Deutungsmuster und politische Projekte verfügen. Die Enttäuschung über die schwarz-gelbe Bundesregierung wird auch wieder zu Wahlerfolgen links der Mitte führen. Aber unklar ist, was dieses Lager mit politischen Mehrheiten anfangen will. Auch wenn es einen gewissen Vorrat an gemeinsamen Einzelforderungen gibt – wie den Mindestlohn oder die Bürgerversicherung – sind weder eine gemeinsame Kriseninterpretation noch eine schlüssige Antwort auf die ökonomisch-ökologische Doppelkrise des Kapitalismus griffbereit.

Noch deutlicher stellt sich die Frage in Bezug auf ihre Wähler oder besser: Wählerpotenziale. Denn selbst wenn hier und da in Umfragen eine Mehrheit links der Mitte gemessen wird, bleibt offen, ob diese zum „Lager“ aggregierten Bürger/innen über gemeinsame Wertvorstellungen und Ziele verfügen und ob diese überhaupt für politische Akte wie Wahlen oder auch aktive Glaubensbekenntnisse zu gewinnen sind. Nimmt man politische Milieustudien²⁴ zur Hand, wird schnell klar, dass die Linke gegenüber dem konservativ-liberalen Lager einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil hat. Die zur Union und FDP neigenden Milieus sind mit kommunikativen Frames wie Bürgerlichkeit, Ordnung, Nation, Maß und Mitte noch immer eher unter einen Hut zu bringen als die Wähler der Linken. Konservative Großbürger und autoritätsorientierte Kleinbürger werden so geeint. Jan Fleischhauer hat in einem Punkt völlig Recht – dass das Angebot der Union an die „kleinen Leute“ immer „mehr im Habituellen als im Inhaltlichen“ liegt.²⁵ Man wählt eben auch deswegen CDU, weil man nicht will, dass die Roten oder die Grünen drankommen. Umgekehrt funktioniert das mit dem geschmeidigen Konservatismus zunehmend weniger.

Die politische Basis der Linken reicht bekanntermaßen vom postmaterialistisch und kosmopolitisch orientierten Milieu, gut ausgebildet, mit durchaus sozialem Gewissen aber vor allem auf persönliche Selbstentfaltung und –inszenierung bedacht, über das klassische linksliberale Bürgertum und verschiedene Milieus der arbeitnehmerischen Mitte, zum Teil zwischen SPD und Union umkämpft, bis zu konsum-materialistischen und politisch enttäuschten Milieus (verstärkt im Osten) im gesellschaftlichen Unten. Der Politikwissenschaftler Franz Walter sieht die „potenziellen Wählerschichten der demokratischen Linken kulturell segmentiert, sozial zerklüftet, politisch dadurch gespalten“.²⁶ So polarisiert gerade die ökologische Frage das „linke“ Wählerpotenzial. Die abstrakte allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit steht in Verbindung mit sehr unterschiedlichen Alltagspraxen. Für die einen, überwiegend in der stofflosen Wissens- und Kreativarbeit Tätigen, ist ein ökologisches Verhalten Überzeugung, aber auch Lifestyle und Distinktionsmerkmal. Für andere wird der ökologische Imperativ als Bevormundung durch Schickimickis, Bedrohung ihres Arbeitsplatzes und Einschränkung ihres bescheidenen Wohlstands verstanden. Dazwischen befinden sich die pflichtbewussten Mülltrenner, hin- und hergerissen zwischen ihrer Sorge um Kinder und Enkel und dem Kopfschütteln über so manchen Alarmismus.

Auf der Suche nach Integrationsprojekten und –formeln für die heterogene gesellschaftliche Basis der Linken stoßen wir auf ein zweites Problem. In der Tradition der Aufklärung stehend,

²⁴ vgl. Michael Vester et al (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. sowie Benjamin Mikfeld (2007): Sozialdemokratische Potenziale in der „Dreidrittelgesellschaft“, in: Björn Böhning / Klaus Dörre / Andrea Nahles (Hg.): Unterschichten? Prekariat? Klassen?, Dortmund

²⁵ Jan Fleischhauer (2009), S. 189

²⁶ Franz Walter (2010), Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin, S. 68

geht die Linke vom rationalen Verstand als Grundlage politischer Entscheidungen aus. Diese Sichtweise wird aus guten Gründen im makroökonomischen Diskurs abgelehnt, im politischen aber weniger hinterfragt. Von diesem Punkt ausgehend mauern sich manche im besserwisserischen „Anti“ ein – wer die objektive Weisheit nicht hat, wurde dann eben einer „neoliberalen Gehirnwäsche“ unterzogen. Und die selbst ernannten Pragmatiker fordern die Gesellschaft zur imaginären Ratifizierung von hoch rationalen aber den Impuls des Politischen abtötenden Gesellschaftsverträgen zur Ausbalancierung von Interessen auf.

Völlig ungeklärt bleibt dabei, wie sich etwaige gemeinsame Anliegen über soziale und kulturelle Grenzen hinweg vermitteln. Die Linke fragt nicht nach Emotionen und Leidenschaften. Sie hat – im Gegensatz zum rechten Lager - keinen kollektiven Instinkt dafür, was der Common Sense sein könnte, der ganz unterschiedliche Gruppen eint. Zu Recht weisen psychologisch orientierte Politikberater (die es in Deutschland leider viel zu wenig gibt) wie die Amerikaner Drew Westen oder George Lakoff darauf hin, dass das Spiel rationale Argumente gegen Emotionen meist von Letzteren gewonnen wird.

Greift man auf Untersuchungsmethoden aus der Konsumforschung zurück, die davon ausgehen, dass Produkte bzw. Marken nicht nur funktionale sondern auch verschiedene emotionale Bedürfnisse (wie Individualismus, Gestaltung oder Geborgenheit) bedienen und überträgt dies auf Parteien und Themen, bestätigt sich der Befund sehr unterschiedlicher emotionaler Zugänge zur Politik.²⁷ Um es stark vereinfacht zusammenzufassen: Die SPD drückt im Wesentlichen das Bedürfnis nach Gemeinschaftlichkeit und Geborgenheit aus, die Grünen verkörpern Individualismus gepaart mit Idealismus und die Linke wird einerseits auch als Kraft des Gemeinschaftlichen, andererseits aber auch in der Rolle des aktivistischen Rebellen gesehen. Überträgt man Aussagen zu Werten und Themen auf dieses Modell, stellt man fest, dass es in den Bedürfnisbereichen, mit denen die linken Parteien verbunden werden, um zwei Komplexe geht. Auf der einen Seite gibt es das Bedürfnis nach sicherer Arbeit, Gemeinschaftlichkeit, Schutz vor Risiken und gesellschaftlichem Zusammenhalt, auf der anderen Seite geht es um Entfaltung, Freiheit, Weltoffenheit und Lebensqualität. Umgekehrt es geht in den Bedürfnisbereichen, mit denen die Union verbunden wird vor allem um Erfolg, Eigenverantwortung, Ordnung und Führung. Während eine faktenorientierte Kommunikation eher mit der Union verbunden wird, besteht die Erwartung an die Sozialdemokratie eher in Bürgernähe, Verständlichkeit und Verlässlichkeit.

Aus einer derartigen psychologisch orientierten Analyse, die durchaus für den deutschen Sprach- und Kulturraum eine methodische Annäherung an polito-linguistische Framing-Ansätze wie von Lakoff²⁸ darstellt, kann man nun zweierlei Erkenntnisse ziehen, die beide nicht revolutionär neu sind, aber dennoch bislang wenig Eingang in die strategische Praxis der politischen Akteure gefunden haben. Zum einen zeigt sie, warum gerade die Sozialdemokratie mit ihrer Kommunikation der „neuen Mitte“ (unbeschadet der materiellen Konsequenzen dieser Politik) keinen dauerhaften Erfolg haben konnte: Weil viele ihrer Begründungen von Ökonomie und Sozialstaat so tief im Symbol-, Werte- und Semantikbereich des anderen Lagers verortet waren, dass sie von vielen Wählern als Bruch mit den eigenen Idealen verstanden wurden.²⁹ Sozialpolitische Aktivierungsaufappelle an Eigenverantwortung wurden verbunden mit einer auf einen „Ordnungsrahmen“ beschränkten Wirtschaftspolitik, bei gleichzeitiger Inflation von „Mut“- und „Stärke“-Parolen. Um in der Welt der Marken zu bleiben: Wer einen gebrauchten

²⁷ Diese Erkenntnisse stammen aus einer internen Studie des SPD-Parteivorstands und können hier leider nur sehr rudimentär wiedergegeben werden.

²⁸ Vgl. u.a. George Lakoff (2006): Thinking Points. Communicating Our American Values and Vision, New York

²⁹ Ausführlicher dazu: Benjamin Mikfeld (2008): Alles muss raus. Die Diskurse der „neuen Sozialdemokratie“, in: spw 3/2008

Opel fährt und von seinem Opel-Händler plötzlich hört, dass nur ein Porsche eine tolle Automarke ist, betritt den Laden nicht wieder. Zum anderen zeigt eine solche Analyse aber auch, dass zwischen den linken Werte- und Bedürfniswelten zwar keine unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen, sehr wohl aber erhebliche kulturelle und habituelle Unterschiede und getrennte Lebenswelten bestehen, wie dies in besonderer Weise in den räumlich segregierten Großstädten zu beobachten ist.

Derzeit haben wir es also, wie es Raschke und Tils formulieren, mit einer „*asymmetrischen Lagerstruktur*“ zu tun: „Das schwarz-gelbe, bürgerliche, heute regierende Lager ist ein Faktum, das linke Lager ein Problem. Die linke Spektrum ist ein potentielles, unfertiges Lager“.³⁰ Wenn nun von dem „linken Lager“ die Rede ist, geht es nicht um ein Negieren der Unterschiede zwischen Strömungen, Akteuren, ihren Anliegen und ihren jeweiligen gruppen- oder organisationspolitischen Interessen, sondern um die Suche nach *einem politischen Gemeinsamen in der Vielfalt*. Dem Lagerthema kann man sich auf zwei Weisen nähern. Die eine Herangehensweise ist die der Medien, der Politikwissenschaft und der Parteien selbst. Sie spielen in erster Linie strategische Optionen für Parteien durch und stellen die Möglichkeiten der Machtübernahme eines Lagers in den Vordergrund. Der SPD wird hier aufgrund ihrer Schlüsselrolle im Parteiensystem und der – im Vergleich zu den Grünen und der Partei „Die Linke“ – im Westen über mehr Milieus verteilten Wählerbasis die Funktion einer „Leitpartei“ zugeschrieben.³¹ Man kann sich der Frage nach einer Formierung des Lagers aber jenseits eines solchen Macht- und Dominanzdenkens nähern, zumal dies den zahlreichen historischen Wunden – die Parteigründungen 1917/1919, 1980 und 2007 sind da nur ein Aspekt – nur weitere Konflikte hinzufügt. „Die Partei“ als singulärer Akteur kann heute aus einer Vielzahl an Gründen nicht mehr der „moderne Fürst“ sein, von dem Antonio Gramsci sprach. Eine Verständigung innerhalb einer pluralen Linken über ein hegemoniales Projekt nach der Ära des Wirtschaftsliberalismus wird nicht von einem Akteur – keiner Klasse und auch keiner Partei – angeführt werden können. Gleichwohl gehen Überlegungen – etwa im Sinne einer „Mosaiklinken“³² – zu einer neuen Form der vernetzten Zusammenarbeit zu kommen, immer noch sehr von den politischen Aktivisten und Funktionären aus, ohne die Frage zu beantworten, wie die verschiedenen Milieus und Gruppen zu einem Mosaik einer neuen „organischen Solidarität“ (Emile Durkheim) zusammengefügt werden können. Stärker basisorientierte Konzepte wie der in der radikalen Linken populäre Ansatz der Multitude, als einem Netzwerk von Singularitäten, ohne Machtzentrum, ohne nationalstaatliche Orientierung und sich für ein gemeinsames Anliegen einsetzend, sind zwar sympathisch, aber zugleich illusionär.³³ Diese Multitude entstünde wie die „Herausbildung von Gewohnheiten“ durch Kooperation singulärer Subjekte und Entscheidungsfindungen seien vergleichbar mit der Produktion von „Open Source“. Dementsprechend fordern Hardt und Negri auch gleich den „ontologischen Bruch mit den alten Arbeiterbewegungen“.³⁴ Ob ein spontaner Flashmob für die nachhaltige Formierung der Linken aber die gleiche Relevanz hat wie Gewerkschaften mit mehreren Millionen Mitgliedern darf stark bezweifelt werden. Bei den Erfahrungen, die es in Deutschland mit der Mobilisierung nicht organisierten Beschäftigten z.B. im Discounterbereich gab, waren Gewerkschaften zumindest nicht ganz unbeteiligt.

³⁰ Joachim Raschke / Ralf Tils (2010): Die Qual der Wahl: Das Debakel der SPD und strategische Optionen in der Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/2010, S. 14

³¹ Herbert Hönigsberger u.a. (2009): Leitpartei und Lagerbildung, in: Kommune 2/2010

³² Hans-Jürgen Urban (2009): Die Mosaik-Linke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 05/2009, S. 71 – 78

³³ Michael Hardt / Antonio Negri (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt / New York

³⁴ Ebenda, S. 247

Eine plurale Linke „für sich“, die mehr sein will als eine arithmetische Konstellation „an sich“, braucht eine Verständigung über ein programmatisches Gemeinsames, das vor allem eine wirtschafts- und sozialpolitische Antwort jenseits des Wirtschaftsliberalismus beinhalten und somit über die Addition von einzelnen Forderungen hinausgehen muss.

Dabei ist der Rahmen mit dem Anspruch eines vielfach geforderten *Sozial-Ökologischen New Deal*³⁵ – als umfassendem (europäischen) Gegenentwurf zum Finanzkapitalismus - richtig gesteckt. Ein solcher Gegenentwurf müsste soziale, ökologische und demokratische Ziele miteinander verbinden und somit auch eine neue Allianz aus linksliberalem Bürgertum und Arbeitnehmerschaft herstellen. Er müsste Investitionen in zukunftsfähige Wachstumsfelder lenken, eine gerechtere Einkommensverteilung herstellen, die Finanzmärkte begrenzen, ein modernes Normalarbeitsverhältnis stärken, den Sozialstaat auf moderne Biografien ausrichten und neue demokratische Verfahren in Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzen. So wichtig eine ökologische „Great Transformation“ im Sinne tiefgreifender „Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystem und Lebensstilen“³⁶ auch sein mag, wie das der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen fordert, ist die soziale Frage in einem solchen „Öko-Kapitalismus“ nicht automatisch beantwortet.

Einen auch sozialen New Deal wird es nur geben, wenn sich zugleich die hegemonialen Verhältnisse ändern und somit Akzeptanz und Gestaltungsmacht dafür vorhanden sind, demokratische Entscheidungen darüber vorzunehmen, in welchen Bereichen gute und gerecht entlohnte Arbeitsplätze der Zukunft entstehen sollen, was also wachsen (z.B. Ressourceneffizienz, Bildung, soziale Dienste) und was schrumpfen (z.B. Atomwirtschaft, Finanzsektor) soll. Dem Bürgerlichkeits-Diskurs der Konservativen müssen eigene Vorstellungen von Ökonomie und Gesellschaft entgegengesetzt werden. Die Arbeit an Alternativen und Diskursen darf jedoch nicht nur in akademischen oder bewegungsnahen Kreisen stattfinden, sondern sie muss auch die politischen Akteure der „Regierungslinken“ mit einbeziehen, will sie machtpolitische Relevanz entfalten. Hier jedoch stoßen wird auf das Problem einer nicht selten auf Macht und Taktik reduzierten Politik.³⁷ Spitzenpolitiker können sich der „Kultur des Erfolgs“ kaum entziehen, die Logik des schnellen Profits gilt leider nicht nur in der Wirtschaft. Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften streben nach Macht und müssen Mitglieder- und Wählerinteressen gerecht werden. Kurzfristige Interessen haben Vorrang vor einer langfristigen und ungewissen Perspektive – und dies gibt bei Entscheidungen über Themensetzungen und die Verwendung von zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen den Ausschlag. Umso mehr ist ein engerer *strategischer Dialog* zwischen Parteien, Gewerkschaften, NGOs, Wissenschaft und Kultur über ein gemeinsames hegemoniales Projekt erforderlich. Während politische Akteure auf einer *Ebene der „partikularen Strategie“* bestenfalls den hegemonialen Spielraum nutzen, der vorhanden ist, muss es auf einer *Ebene der „gemeinsamen Strategie“* darum gehen, diesen Spielraum zu erweitern. Den Vordenkern des Wirtschaftsliberalismus in der Mont Pelerin Society und der Chicagoer Schule waren tagespolitische Fragen vermutlich auch nicht so wichtig. Allerdings waren sie darauf angewiesen, dass ihre Gedanken irgendwann Eingang in die konkrete Politik fanden, als die Gelegenheit gekommen war.

4. Orientierung in schwierigem Gelände - Grundzüge einer hegemonialen Strategie

³⁵ Vgl. u.a. Stephan Schulmeister (2010): Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa, Wien

³⁶ WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Zusammenfassung, Berlin, S.

1

³⁷ Joachim Raschke / Ralf Tils (2011): Politik braucht Strategie. Taktik hat sie genug, Frankfurt a.M / New York

Was also tun? Im Jahr 1985 – drei Jahre nach dem Machtverlust der SPD im Bund – fragte sich der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz mit Bezugnahme auf Antonio Gramsci, warum der damals „schwersten Beschäftigungskrise seit den dreißiger Jahren“ viele Wahlerfolge der Rechten in einigen Kernländern des Westens folgten. Seine Analyse damals: die „ökonomisch führende Schicht – eine schmale Gruppe von Vermögensbesitzern“ habe die entscheidenden Zwischenschichten sowie ein Drittel der Arbeiterschaft „kooptiert“. Verstärkt durch „wichtige opinion leaders in Betrieben und Verwaltungen“ sah er diese Koalition der Rechten als einen „historischen Block“ formiert³⁸.

Als *historischer Block* ist das Zusammenspiel zwischen einer spezifischen sozio-ökonomischen Basis und einer diese tragenden Klassenallianz – ideologisch gestützt durch Hegemonie einerseits und staatliche Praxis („gepanzert mit Zwang“) andererseits, zu verstehen. „Hegemonie entspringt der Fabrik“ schlussfolgerte Gramsci aus seiner Analyse der Entstehung des Fordismus in Amerika.³⁹ Erforderlich war in dieser Frühphase der industriellen Massenproduktion ein neuer Menschentyp, der auch dem neuen Typ der Arbeit entsprach. Da sich ein „Überschwang der Leidenschaften“ nicht mit den „zeitgemessenen Bewegungen an die perfektsten Automatismen gebundenen menschlichen Produktionsgesten“ vertragen,⁴⁰ galt es, die Arbeiter zu disziplinieren. Zwar mussten einerseits Löhne gezahlt werden, die die Wiederherstellung der Arbeitskraft ermöglichten und die Arbeiter in das neue System integrierten, andererseits galt es aber die Arbeiter zu einer Lebensführung zu zwingen, die verhinderte, dass diese den Lohn „unvernünftig“ ausgeben. Darum wurden rigide Normen entwickelt und staatlich abgesichert. So war die puritanische Prohibition von Alkohol von 1919 bis 1933 in den USA auch Ausdruck der hegemonialen Verhältnisse des damaligen Kapitalismus. Gramscis Fordismusanalyse bezog sich in etwa auf den Übergang von „ersten Geist des Kapitalismus“ mit Familienbetrieben und bürgerlichem Paternalismus zum „zweiten Geist“ mit Massenproduktion und sich herausbildendem Wohlfahrtsstaat. Der Kapitalismus ist dynamisch und muss sich immer wieder aufs Neue rechtfertigen. Dies gelingt ihm nur, wenn er auch Kritik an seinen sozialen und kulturellen Auswirkungen aufnimmt und verarbeitet. Der „*Geist des Kapitalismus*“ ist ein wesentliches Element der Hegemonie, er ist ein Diskurs zur Rechtfertigung der jeweiligen historischen Phase des Kapitalismus und kulturelle Ausdrucksform des jeweiligen Führungs- und Steuerungsmodus - vom Einzelunternehmer über Manager und Korporatismus bis hin zum modernen zum netzwerk- und projektbasierten Kapitalismus.⁴¹

Vor zweieinhalb Jahrzehnten konnte Glotz die Entwicklung des historischen Blocks noch nicht absehen. Die ihn tragende Hegemonie hängt eng mit dem „neuen (dritten) Geist des Kapitalismus“ zusammen, der die teils emanzipatorische Kritik an seiner bürokratischen Struktur der fordistischen Phase absorbieren und neoliberal uminterpretieren konnte. Während der geistige Vater der wissenschaftlichen Betriebsführung, Frederic W. Taylor, für die Roheisenproduktion einst Männer mit einem „Geisteszustand von Ochsen“ forderte, geht es im flexiblen Kapitalismus zunehmend um die Inanspruchnahme des ganzen Menschen. Bisherige Grenzen weichen auf: zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Tätigkeit, zwischen Arbeit und Privatleben. Dies wird auch als „Subjektivierung der Arbeit“ bezeichnet. Die Subjektivität des Einzelnen wird im Arbeitsleben stärker gefordert. Er muss neben seiner vertraglichen Arbeitszeit, seinem Wissen und Können zunehmend auch Kreativität, Improvisationstalent,

³⁸ Peter Glotz (2004): Die Bedeutung Antonio Gramscis für eine neue Strategie der europäischen Linken, in ders.: Der Wissensarbeiter, Frauenfeld

³⁹ Antonio Gramsci (1999): GH 9, Heft 22, S. 2069

⁴⁰ Ebenda, S. 2089

⁴¹ Luc Boltanski / Ève Chiapello (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz

Emotionalität oder Kommunikationsfähigkeiten sowie Teile der freien Zeit mit in den Arbeitsprozess einbringen. Basierte Hegemonie im fordistischen Kapitalismus auf einem Kontrollregime der Disziplin, gelten heute auch Selbstkontrolle und Flexibilität. Hegemonie entspringt heute nicht mehr der Fabrik sondern der Arbeit in Netzwerken und Projekten. Dies prägt vor allem die Führungskräfte, für die es nicht mehr um Leistung geht, sondern um Erfolg.⁴² Dieser neue Geist erfasst über die Appelle an Eigenverantwortung und Flexibilität, aber auch über die Ästhetisierung der Finanzanlage sowie die boomende „Sei-Du-Selbst“-Ratgeberindustrie weite Teile der Mittelschichten. Und selbst Milieus, für die der soziale Aufstieg keine realistische Perspektive ist, werden über die Celebrity- und Erfolgskultur der Massenmedien partiell in den Block eingebunden. Selbst viele Akteure der Linken konnten sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten der Erotik dieses „Geistes“ nicht entziehen – und eben das macht Hegemonie aus! Doch die neuen Widersprüche liegen auch auf der Hand, die Gesellschaft treibt auseinander. Den „Individuen im Übermaß“, wie Robert Castel sie nennt, die in ihrer übersteigerten Subjektivität meinen, auf soziale Regeln verzichten zu können stehen zunehmend „bloße Individuen“ gegenüber, denen die Voraussetzungen für individuelle Freiheit im Form von sozialen und kulturellem Kapital fehlen.⁴³

Ein neues hegemoniales Projekt der Linken muss die Stellen, an denen der historische Block Risse bekommen hat und die wachsenden Zweifel am „neuen Geist“ identifizieren. Dabei wäre es zu kurz gedacht, dem flexiblen Kapitalismus nur ein Gerechtigkeitsdefizit zu unterstellen und auf Umverteilungs- und soziale Sicherungsmaßnahmen abzielen. Nötig ist auch ein neues Autonomie- und Prosperitätsversprechen, das eben nicht zum Preis von Selbstaussbeutung und sozialer Spaltung erkaufte wird. Die Linke ist nicht *gegen* die Wirtschaft, sondern *für* ein besseres Wirtschaften. Denn Hegemonie setzt „voraus, dass sie erstens die Güterproduktion effektiv organisiert, zweitens fähig ist, die Interessen anderer Gruppen zu berücksichtigen, und drittens, dass sie die kulturelle Führung innehat.“⁴⁴ Der Formierung eines Klasseninteresses folgt eine ethisch-politische Phase, in der dieses Interesse über die Herausbildung von Diskursen gesellschaftlich verallgemeinert wird. Ausgehend vom nicht unerheblichen Unbehagen am flexiblen Kapitalismus geht es also darum, die „Künstlerkritik“ an blockierter Autonomie und Sinnverlust und die „Sozialkritik“ an Ungerechtigkeit und fehlenden sozialen Chancen wieder zusammenzuführen.⁴⁵

Das Bemühen um Hegemonie ist immer auch ein *Kampf um die viel beschworene „Mitte“* – und zwar im Gegensatz zu einer Orientierung an einer fiktiven (neuen) Mitte bzw. dem Medianwähler – in zweierlei Hinsicht. Zum einen meint „Mitte“ das auf einer Sinn-Ebene Gemeinsame, eine von einer gesellschaftlichen Mehrheit geteilte Sicht der Dinge, ein Knotenpunkt verschiedener Denkwelten, Lebensrealitäten und Milieus. Es ist der Ort, an dem sich entscheidet, wie Kritik am Kapitalismus verarbeitet wird, ob sie abgestoßen wird, absorbiert wird oder zu einem neuen Gemeinsamen führt. Zum anderen geht es darum, die Unentschiedenen und Noch-Nicht-Überzeugten, die nicht fest an ein Lager gebundenen, für ein hegemoniales Projekt zu gewinnen. Entgegen aller Multitude-Träumereien von der Mobilisierung an den Rändern liegt Sloterdijk daher nicht falsch, wenn er die „kreative Vielfalt“ eher in der Mitte der Gesellschaft verortet.⁴⁶ Auch der brasilianische Theoretiker und zwischenzeitliche Politiker Roberto Mangabeira Unger sieht in seinem flammenden und

⁴² Sighard Neckel (2010)

⁴³ Robert Castel (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 327ff.

⁴⁴ Christoph Scherrer (2007): Hegemonie: empirisch fassbar?, in: Andreas Merkmens / Victor Rego Diaz (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, S. 73

⁴⁵ Luc Boltanski / Ève Chiapello (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz

⁴⁶ Peter Sloterdijk (2011), S. 52

exzellenten Plädoyer für eine Neuorientierung der Linken zu Recht ein Manko in der Ignoranz gegenüber dem so genannten „Kleinbürgertum“, das oft zu leichtfertig den Konservativen überlassen wurde.⁴⁷

Denn politische Urteile sind nicht widerspruchsfrei und auch nicht nur rational. So wenig wie kaum jemand in allen Fragen konservativ oder progressiv ist, dürfte auch kaum jemand in allen Fragen „mittig“ sein. George Lakoff nennt dies „Biconceptualism“: Viele Menschen zeichnen sich durch die Koexistenz konservativer und progressiver Ansichten aus. Sie können für ein starkes öffentliches Bildungssystem und niedrige Steuern sein. Oder für Mindestlöhne und gegen eine Ausweitung der Mitbestimmung. Auch für Gramsci war der „Alltagsverstand“ der Menschen etwas Eklektisches. Tradition und Folklore mischen sich mit Erfahrungen, modernen Auffassungen und intellektuellen Einsichten. Gerade das so genannte Bürgertum ist oft hin- und hergerissen zwischen der Identität als Bourgeois und Citoyen, zwischen Eigeninteresse und Gemeinschaftsinteresse.⁴⁸ Albert O. Hirschman beschrieb in seiner Arbeit „über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl“ die „Spannung zwischen dem was man wirklich tut und dem wovon man weiß, dass man es eigentlich tun (oder getan haben) sollte“.⁴⁹ Gerade dann, wenn durch auslösende Ereignisse Ernüchterung über das individualistische Glücksstreben eingetreten sei (wie beispielsweise in der Finanzkrise), könne – so Hirschman – der Nutzen einer Gemeinwohlorientierung für das persönliche Glücksempfinden in den Vordergrund treten, auch weil man sich dabei selbst verändere und eine neue Sicht der Dinge gewinnen könne. Auf Basis dieser Überlegungen können einige *strategische „Denksportaufgaben“* für ein hegemoniales Projekt – als einem strategischen Bemühen um eine neue Hegemonie – benannt werden:⁵⁰

Erstens: Erforderlich ist eine Leitidee bzw. Erzählung vom Gemeinwohl und vom „guten Leben“. Doch ein schlüssiges Konzept wie „Sozialismus“ oder „Soziale Marktwirtschaft“ (wie für das bürgerliche Lager nach dem Zweiten Weltkrieg) steht derzeit nicht zur Verfügung. Auch kann die wirtschaftsliberale Formel „privat vor Staat“ nicht einfach umgekehrt werden. Auf das Gemeinwohl orientierte Einzelforderungen wie eine „Finanzmarktsteuer zum Nutzen der Bürger“, dem Gründungsimpuls und Namensgeber von attac, wiederum greifen zu kurz. Die zentrale Forderung könnte aber die – zugegeben sperrige - Forderung „mehr Gemeinsamkeit als Voraussetzung für freie Entfaltung“ sein (siehe letztes Kapitel). Eine solche Forderung braucht eine normative Basis, die letztlich von den zentralen linken Werten der Freiheit und der Gleichheit aller Bürger ausgehen muss.

Zweitens: Diese Leitidee muss der diskursive Knotenpunkt verschiedener Einzelforderungen, aber auch unterschiedlicher Gruppen, Sichtweise und Interessen sein. Es geht darum, neue kollektive Identitäten und Gemeinsamkeiten herzustellen. Erforderlich ist ein „Wir“ jenseits alter Gruppen- oder Klassenidentitäten. Diskurstheoretisch formuliert geht es um so genannte „Äquivalenzketten“⁵¹ oder „Diskurskoalitionen“. Wichtig ist es dabei, Verbindungen zwischen dem konkreten Alltagsleben der Einzelnen und einem gesellschaftlichen Ziel herzustellen. Ebenso entscheidend ist es, Akteure und Gruppen aus dem gegnerischen Block herauszulösen. Eine zentrale Auseinandersetzungslinie müsste sein, deutlich zu machen, dass die Realität der

⁴⁷ Roberto Mangebeira Unger (2007): Wider den Sachzwang. Für eine linke Politik, Berlin

⁴⁸ Hartmut Rosa u.a. (Hg. 2010): Theorien der Gemeinschaft, Hamburg, S. 103

⁴⁹ Albert O. Hirschman (1988): Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt a.M., S. 79

⁵⁰ Vgl. hierzu Benjamin Mikfeld / Christina Schildmann (2009): Strategische Diskursführung in der Zeitenwende, in: Dominik Haubner u.a. (Hg.): Reformpolitik für das Modell Deutschland, Marburg sowie Martin Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld

⁵¹ Ernesto Laclau / Chantal Mouffe (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien

Erwerbsarbeit im flexiblen Kapitalismus sowohl dem Gemeinwohl als auch der individuellen Entfaltung entgegensteht. So erleben beispielsweise hochqualifizierte Experten in Großunternehmen das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, die eigenen beruflichen Kompetenzen entfalten zu wollen und der Blockade durch die herrschenden betriebswirtschaftlichen Spielregeln. Michael Vester u.a. bezeichnen dies mit Blick auf IT-Experten und Ingenieure den „neuen industriellen Konflikt zwischen Berufsethos und Kapitalverwertung.“⁵² Auch zeigt eine Studie über die Krisenverarbeitung von Beschäftigten in der Finanzbranche, dass Teile der Angestellten selbst angewidert sind von der Gier, der Unvernunft und der Überheblichkeit der Investmentbanker.⁵³ Die dem Leitbild des flexiblen Kapitalismus folgenden Optimierungsreformen wie G8, Bologna etc. rufen Zweifel und Protest im Bildungssystem hervor. Auch auf der wissenschaftlichen Ebene müssen solche „Äquivalenzketten“ hergestellt werden - noch so exzellente wissenschaftliche Beiträge sind für sich genommen kein hegemoniales Projekt, wenn sie nicht auf einer anderen Ebene zusammengeführt, populär übersetzt und auf die zentrale Forderung bezogen werden. So haben seit 1998 beispielsweise Ökonom/innen wie Amartya Sen, George A. Akerloff, Joseph Stiglitz, Paul Krugman, oder Elinor Ostrom den Wirtschaftsnobelpreis bekommen, die mit unterschiedlichen Ansätzen zumindest in ihren neueren Arbeiten den Wirtschaftsliberalismus und den homo oeconomicus grundsätzlich in Frage stellen. Ein neuer ökonomischer Diskurs entsteht aber nur dann in den Köpfen, wenn man aktiv an ihm arbeitet.

Drittens: Ein politisches „Wir“ kann es nur geben, wenn es auch ein „Die“ gibt. Jedes hegemoniale Projekt braucht ein Außen, so wie der Wirtschaftsliberalismus seine geistige Vorherrschaft auf dem Diskurs gründete, der Staat und kollektive Regelungen stünden persönlicher Freiheit, wirtschaftlicher Prosperität und (somit) auch dem Gemeinwohl entgegen. Diesen Außen kann nach Lage der Dinge nicht „der Kapitalismus“ sein, auch nicht eine bestimmte soziale Gruppe. Es muss gelingen, die dem Gemeinwohl entgegenstehende Logik des gegenwärtigen Kapitalismus ins Zentrum zu rücken und damit all diejenigen, die diese Logik zementieren und auf Kosten anderer von ihr profitieren. Die Definition eines „Die“ muss einhergehen mit einer aufklärerischen Kritik und einer Offenlegung der verborgenen Mechanismen von Macht. Die „Heuschrecken-Debatte“ Mitte des letzten Jahrzehnt hatte ja auch deswegen eine hohe Wirkung, weil es gelungen ist, eine Metapher zu prägen, die eine „feindliche“ aber komplizierte und abstrakte Logik zum allgemeinverständlich zum Ausdruck bringt.

Viertens: Jeder politische Diskurs braucht eigene Sprache, die an historischen und normativen Narrativen anknüpft, positive Gefühle auslöst und Komplexität reduziert. Auf der Hand liegt, dass die „Agendasprache“, die sich der BWL-Semantik und damit letztlich Frames des anderen politischen Lagers bediente diesbezüglich kontraproduktiv war. Aber auch der in der Linken beliebte „Negativismus“, mit seiner teils apokalyptisch-pessimistischen Weltsicht, teils weltabgewandten Anti-Haltung sowie der akademische Szenensprech der wissenschaftlichen und kulturellen Linken leisten keinen Beitrag, um Meinungsführerschaft zu erzielen.⁵⁴ Vor allem aber gilt es, so manche ritualisierte und schal gewordene Formel aufzufrischen. Um zur ein Beispiel zu erwähnen: Der Solidaritätsappell, dass „starke Schultern mehr tragen müssen als schwache“ reicht als Begründung einer linken Finanz- und Sozialpolitik in der heutigen Gesellschaft nicht mehr aus, schon allein deswegen, weil ein großer Teil des Publikums - die berühmte „Mitte“ - nicht so genau weiß, welche Schulterbreite ihnen dabei zugewiesen wird.

⁵² Michael Vester / Christel Teiwes-Kügler / Andrea Lange-Vester (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg, S. 21ff.

⁵³ Claudia Honegger / Sighard Neckel / Chantal Magnin (2010): Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt, Berlin

⁵⁴ vgl. Robert Misik (2010): Anleitung zur Weltverbesserung, Berlin

Fünftens: Das zentrale Auseinandersetzungsfeld für ein hegemoniales Projekt ist die Zivilgesellschaft, also all die Orte, an denen Meinungen produziert und reproduziert werden. Mag sich die Rechte auch über die vermeintliche (und auch meist nicht auf harte ökonomische Fragen beziehende) Vorherrschaft der Linken in Medien und Kultureinrichtungen beklagen; das bürgerliche Lager verfügt über mächtige Fußtruppen in den Hochschulen, Wirtschaftskammern, lokalen Vereinen, Verbänden und nicht zuletzt über ein gut geöltes professionelle Lobby- und PR-Maschinerie. Zu Recht fragte Glotz daher nach der politischen Wende Anfang der 80er: „Wann hat die deutsche Linke das letzte Mal systematisch die ‚Laienpäpste‘ der Rechten unter die Lupe genommen (und mit den eigenen verglichen)“.⁵⁵ Gramscis „organische Intellektuelle“ als maßgebliche Träger eines neuen hegemonialen Projektes entstehen eben nicht von allein, sondern nur durch gezielten Aufbau von Orten des Diskurses, die Bildung von Interessenvertretungen, das Besetzen von Bastionen der Zivilgesellschaft und das Knüpfen von Netzwerken.

5. Eine neue Idee des „Gemeinsamen“

Was heißt es nun, an einem *neuen Gemeinsamen* zu arbeiten? Es geht darum, Widersprüche offen zu legen, unsichtbare Machtverhältnisse zu benennen und zu thematisieren, bislang Getrenntes in Verbindung setzen und daraus etwas Neues zu schaffen. Der hier zugrunde gelegte Begriff des Gemeinsamen meint keinen Slogan für Plakate, sondern eine Logik und zwar auf drei Ebenen: einer materiellen Ebene gemeinsamer Güter, einer prozessualen Ebene der Kooperation und gemeinsamer Entscheidungsverfahren sowie einer diskursiven Ebene des gemeinsamen „Für-Richtig-Erachmens“.

Während Liberale und viele Konservative behaupten, Ökonomie und Gesellschaft wären getrennte Sphären, gilt es deutlich zu machen, dass wirtschaftliche Entscheidungen alle Bereiche unseres Lebens beeinflussen und umgekehrt der Staat sich auch unter wirtschaftsliberalen Vorzeichen keineswegs aus der Wirtschaft heraushält: Die „Gouvernementalität“ des Wirtschaftsliberalismus zeigt sich überall. Auf allen drei Ebenen des Gemeinsamen geht es darum, die scheinbare „institutionelle Trennung der Gesellschaft in eine wirtschaftliche und eine politische Sphäre“⁵⁶ als Ausdruck eines alten Denkens zu überwinden und damit gewissermaßen diskurspolitisch den Spieß umzudrehen: Der historisch veraltete Wirtschaftsliberalismus hat sowohl sein Autonomie- als auch sein Prosperitätsversprechen nicht einhalten können und versagt den Menschen damit die Anerkennung ihrer Leistungen und Ansprüche: „Im Kapitalismus der Gegenwart scheint ein wachsender Teil der Bevölkerung von jeder Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt auch nur Zugang zu den achtungssichernden Sphären der Erwerbswirtschaft und des Rechtssystems zu gewinnen, während der andere Teil aus den hier gewährten Entlohnungen in immer geringerem Maße soziale Anerkennung zu schöpfen vermag, weil sich die zugrunde liegenden Prinzipien verunklart oder verdunkelt haben.“⁵⁷ Im Kern müsste ein neues hegemoniales Projekt der Linken die vorherrschende Diskussion um Eigenverantwortlichkeit und Gemeinwohl vom Kopf auf die Füße stellen. Nicht der flexible, unternehmerische Mensch als Vorleistung geht dem Gemeinwohl voraus, sondern es ist genau umgekehrt. Das Gemeinsame auf den Ebenen der Ökonomie, der Demokratie und des

⁵⁵ Peter Glotz (2004), S. 122

⁵⁶ Karl Polanyi (1978), S. 106

⁵⁷ Axel Honneth (2011): Verwilderungen im Kampf um Anerkennung im frühen 21- Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte -12/2011, S. 43

Sozialstaats ist die Voraussetzung für persönliche Sicherheit, aber auch für Autonomie, Entfaltung, Kreativität und Individualität.

Ein neues Gemeinsames braucht als Nukleus eine normative Idee von einer guten Gesellschaft und einem guten Leben, die den Anspruch verfolgt, die intellektuelle und moralische Führung zu übernehmen. Zu Recht weist Norberto Bobbio darauf hin, dass der „Polarstern“ der Linken immer das „*Ideal der Gleichheit*“ war: „Eine egalitäre Politik strebt nach Beteiligung all jener Hindernisse, die Männer und Frauen weniger gleich machen“.⁵⁸ Dieses Ideal ist auch heute noch der emotionale Antrieb der wichtigen sozialen Bewegungen, nicht im Sinne von „Gleichmacherei“, sondern gleicher Rechte und gleicher Chancen. Der Freiheitsbegriff der Linken wurzelt in diesem Ideal: gleiche politische und soziale Rechte sind Voraussetzungen für die freie Entfaltung. Bobbio versteht den Begriff der Gleichheit auch nicht absolut, sondern relativ: Überall dort, wo Ressourcen verteilt werden, müsse die Frage aufgeworfen werden, für wen, worin und nach welchen Kriterien Gleichheit herzustellen sein. Dieser Polarstern zielt daher auch nicht auf Gleichmacherei ab, sondern es geht um die Gleichheit der Verschiedenen, darum die politischen und materiellen Voraussetzungen für Individualität zu schaffen. Das Gleichheitsideal zum Ausgangspunkt zu nehmen, heißt, Regeln einzufordern und zu benennen, nach denen in unserer Gesellschaft die Steuerungsmedien Geld, Macht und Wissen verteilt werden.

Der Streit zwischen unterschiedlichen um Hegemonie bemühten Diskursen ist immer auch einer um die Vorstellung von Gerechtigkeit. Wer sich gegen Gerechtigkeit ausspricht, verwirkt jede Chance, das Gemeinwohl zu repräsentieren, aber umkämpft ist, was unter Gerechtigkeit zu verstehen ist. Befragungen der letzten Jahre belegen immer wieder, dass in der Bevölkerung mit breiten Mehrheiten eine „Gerechtigkeitslücke“ beklagt wird. Doch ist dies eher ein diffuses Unbehagen, als dass dieser festgestellte Mangel zu klaren Forderungen führt. So vernünftig es ist, ein enges Verständnis von Gerechtigkeit auf der individuellen Ebene im Sinne von Amartya Sen⁵⁹ um die Kategorie der Befähigungen und das Ziel der Verwirklichungschancen zu erweitern, so problematisch war der in den letzten beiden Jahrzehnten unternommene Versuch, das Gerechtigkeitsziel auf der gesellschaftlichen Ebene in zahlreiche Bindestrich-Gerechtigkeiten (von der Generationen- bis zur Teilhabegerechtigkeit) aufzuspalten. Meist wurden diese „neuen“ Gerechtigkeitsdimensionen gegen die „alte“ Verteilungsgerechtigkeit in Stellung gebracht, dabei außer acht lassend, dass die Höhe der Rentenbeiträge und Bildungschancen auch etwas mit der Verteilung von Geld zu haben.

Der Grundsatz gleicher und freier Bürger führt unweigerlich zu der Forderung, dass alle die gleichen Chancen haben sollten, auf den politischen Willensbildungsprozess Einfluss zu nehmen. Da alle als gleiche und freie Bürger geboren werden, sollten sie auch gleiche Verwirklichungschancen haben. Dies spricht nicht zuletzt für mehr demokratische Rechte und starke öffentliche Güter. Doch dem Vorwurf der „Gleichmacherei“ wird nur zu begegnen sein, wenn es eine klare Vorstellung davon gibt, nach welchen Kriterien und Regeln individuelle Leistungen anerkannt werden bzw. entschieden wird, was auf individuellen und was auf gemeinschaftlichen Leistungen basiert. Gelten die Marktergebnisse per se als gerecht? Oder müssen gemeinsame Mechanismen der (leistungs-)gerechten Verteilung geschaffen werden? Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ist tief in unserer Gesellschaft verankert, wenn auch umkämpft. Daher muss die Linke die im flexiblen Kapitalismus nicht eingelöste Leistungsgerechtigkeit zu ihrem Thema machen und der derzeitigen „Kultur des Erfolg“ eigene Normen entgegenstellen: „Eine zentrale Aufgabe in der Abkehr von neoliberalen Denkfiguren

⁵⁸ Norberto Bobbio (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin, S. 87

⁵⁹ Amartya Sen (2010): Die Idee der Gerechtigkeit, München

bestände darin, die Begriffe von Leistung und Leistungsgerechtigkeit zu aktivieren. Von jeder gesellschaftlichen Einrichtung ist zu verlangen, dass sie sich dem Maßstab der Leistungsgerechtigkeit unterzieht, was –unter den gegebenen Bedingungen einer ‘Erfolgsökonomie’ – die Kritik marktlicher Vorgänge fast zwingend nach sich zieht.“⁶⁰

Dies wirft schließlich auch die Frage nach dem *politischen Subjekt einer pluralen Linken* auf. So wichtig bestimmte politische Identitäten z.B. als Arbeitnehmer oder Frau bleiben, ist die alle verbindende Rolle als politisches Subjekt doch die, Bürger einer Stadt oder eines Landes zu sein. Während die Konservativen mit ihrem Bürgerlichkeitsdiskurs einen exklusiven und spaltenden Bürgerbegriff vertreten, wäre zu überlegen, ob die Linke diesem nicht einen inklusiven Bürgerbegriff entgegenstellt, der mit der Forderung nach einer Stärkung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bürgerrechten verbunden ist und damit auch die Beschränktheit des liberalen Bürgerbegriffs überwindet. Da es im Deutschen aber keinen Begriff für den Citizen gibt, bleibt nichts anderes übrig, als den „Bürger“ für die eigenen Diskurse zu vereinnahmen oder zumindest die Idee *umfassender Bürgerrechte* in Anspruch zu nehmen. Dies soll im Folgenden an drei mit einander verknüpften Diskurssträngen versucht werden, die an aktuellen Diskussionsbeiträgen und programmatischen Vorschlägen anknüpfen. Sie sind jedoch nicht als programmatischer Forderungskatalog zu verstehen, sondern als *Versuch eines Begründungsrahmens für eine plurale Linke*, die die Rechtfertigungsideologie des flexiblen Kapitalismus herauszufordern und zu überwinden bestrebt ist.

Politische Gleichheit und wirtschaftliche Demokratie

Der erste Diskursstrang rückt die *demokratische Arbeit am Gemeinsamen* ins Zentrum. Sein zentrales Argument verweist darauf, dass organische Solidarität in einer komplexen Gesellschaft nur hergestellt werden kann, wenn über das Repräsentationsprinzip hinaus mehr unmittelbare demokratische Partizipation ermöglicht wird. Zudem muss in einer Demokratie, in der die Steuerungsmedien Geld und Macht zunehmend in den gleichen Händen konzentriert sind, wieder mehr *demokratische Waffengleichheit* geschaffen werden, soll das Prinzip der politischen Gleichheit gelten. Er richtet sich damit gegen die Denkweise der Liberalen und Konservativen, derzufolge die politischen Rechte in der Sphäre der Ökonomie nicht gelten und auch die parlamentarische Demokratie letztlich nur eine Angelegenheit gewählter Eliten ist. Um den Unterschied zwischen Demokratie als Staatsform und Demokratie als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip zu betonen, hat der Vorschlag, dem „bürgerlichen Lager“ die Linke als *„demokratisches Lager“* entgegenzustellen, durchaus einen gewissen Charme.⁶¹

Ein Diskurs über politische Gleichheit muss an der Enttäuschung über die Funktionstauglichkeit der Demokratie anknüpfen und die ungleichen Machtverhältnisse im flexiblen Kapitalismus thematisieren. Die als „Postdemokratie“⁶² bezeichneten Krisensymptome sind bekannt: Rückläufige Wahlbeteiligung und abnehmendes Vertrauen in das politische System, Entleerung der politischen Institutionen, wachsende Dominanz von Lobbygruppen und PR-Kampagnen. Viele politische Entscheidungsträger bestreiten dies auch gar nicht und zucken über die Macht der Wirtschaft nur mit den Achseln. Nach einer aktuellen Umfrage unter deutschen Abgeordneten sind nur 20 Prozent von ihnen der Meinung, persönlichen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitswelt und den Umweltschutz zu haben. 46 Prozent sind der Meinung für

⁶⁰ Frank Nullmeier (2010): Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“, WISO Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, S. 29

⁶¹ Herbert Hönigsberger / Andreas Kolbe / Sven Osterberg (2010): Lager denken. Nicht links, nicht rechts – sondern demokratisch, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/2010, S. 17 - 20

⁶² Colin Crouch (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.

Veränderung und Innovationen sei v.a. der Einzelne zuständig; der „neue Geist des Kapitalismus“ hat also auch die Parlamente erfasst.⁶³

Eine wesentliche Ursache für die „demokratische Depression“⁶⁴ ist der Widerspruch zwischen den Erwartungen der Bürger und dem gegenwärtigen Zustand der Demokratie. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde danach gefragt, was in einer Demokratie „sehr wichtig“ ist. Den höchsten Zuspruch (74 Prozent) hatte der Grundsatz „dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind“, gefolgt vom Ziel, „dass es sozial gerecht zugeht“ (67 Prozent) und dem Recht auf freie Meinungsäußerung (ebenfalls 67 Prozent). Alle diese Aspekte sieht aber nur eine Minderheit der Befragten voll und ganz eingelöst.⁶⁵

Man kann also in der Forderung nach *politischer Gleichheit als Voraussetzung für (auch soziale) Gerechtigkeit* den Fokus der Ansprüche der Bürger an Demokratie sehen. Das manifeste Schwächeln der Demokratie muss jedoch in zwei Richtungen beantwortet werden. Zum einen sind mehr direkte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten erforderlich, die aktive Bürger auch unmittelbar einbeziehen. Das Adressieren von Bürgern als „die Menschen“ durch viele politische Akteure zeugt schon davon, dass hier eher Objekte als Subjekte der Demokratie gesehen werden. Zugleich zeigen aktuelle Bewegungen gegen das Projekt „Stuttgart 21“ und die Atomenergie sowie netzbasierte Projekte und Kampagnen, dass die Bürger durchaus bereit und in der Lage sind, sich politisch zu engagieren. Hier hat sich ein Widerspruch aufgebaut: Auf der einen Seite ist die Diagnose einer Kompetenz- und Partizipationsrevolution mit wachsenden Ansprüchen an Mitwirkung nicht neu. Auf der anderen Seite verschließen sich politische Institutionen diesem Bedürfnis, nicht zuletzt weil viele Akteure angesichts von medialem Druck, Personalisierung und vermeintlichen Sachzwängen „der Globalisierung“ mehr Beteiligung letztlich als störend empfinden. Je komplizierter die Dinge werden, desto eher werden Steuerung und Entscheidung an den Markt oder Expertenkommissionen delegiert. Und je weniger zu entscheiden ist, desto mehr muss der Eindruck von „Führung“ und „Durchregieren“ simuliert werden.

Zum anderen haben wir auch eine Krise der Repräsentation von Bürgern, die sich von der Komplexität der modernen Zeit überfordert fühlen und die durch neue Verfahren nicht noch weiter in Aus gedrängt werden dürfen. Denn die demokratische Depression wirkt sozial selektiv – zur sozialen Ausgrenzung gesellt sich die demokratische Exklusion. Es ist bezeichnend, dass die demokratischen Innovationen der letzten Jahre vor allem auf die Personalauswahl beschränkt wurden; ob aber Verfahren wie Kumulieren und Panaschieren oder die Direktwahl von Bürgermeister ein Mehr an demokratischer Qualität bedeuten, darf bezweifelt werden. Viel entscheidender als die Erfindung komplizierter Wahlverfahren wäre die *Politisierung der Demokratie* – also das Herausarbeiten von Interessen, von Werten und die Benennung klar unterscheidbarer politischer Alternativen. Chantal Mouffe hat hier mit ihrem Einwand völlig Recht, dass die Konsensorientierung auch der linken Parteien und ihr Verzicht auf die „Dimension leidenschaftlicher Parteilichkeit“⁶⁶ eine emotionale und repräsentative Lücke zur Folge hat, die nicht selten von Rechtspopulisten gefüllt wird.

Allerdings gibt es zwei zu unterscheidende Muster der Demokratisierung „von unten“. Das eine basiert auf der Konfliktstellung Bürger vs. Staat und hat im Kern eine liberale anti-etatistische Ausrichtung, das andere zielt auf die Wiedergewinnung von Macht gegen bornierte ökonomische Interessen. Denn wo wirtschaftliche Eliten und ihr Business-School-geprägtes

⁶³ <http://www.change-centre.org/de/2011/deupas/>

⁶⁴ Serge Embacher (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn, S. 68

⁶⁵ Ebenda, S. 61

⁶⁶ Vgl. Chantal Mouffe (2007): Über das Politische, Frankfurt a.M., S. 40

Gefolge die „Irrelevanz des Ortes“⁶⁷ feiern, von der ungleichen Mobilität von Kapital und Arbeit profitieren und Gesellschaftsverträge einseitig aufkündigen, müssen die Bürger Wege finden, sich das Spiel zurück zu holen. Kern eines Diskurses der politischen Gleichheit ist, dass ökonomische Entscheidungen inzwischen eine derartige Reichweite und Auswirkung auf unser Leben haben, dass der Raum des Politischen und des Demokratischen erweitert werden muss. So wichtig die internationale Vernetzung im politischen Diskurs und die Durchsetzung von europäischen und globalen Regeln ist, muss zugleich ein *Prozess der De-Globalisierung* stattfinden. Die Kontrolle über wichtige Ressourcen muss wieder in demokratisch gestaltbare und legitimierte Räume zurückgeholt werden.

Und nicht zuletzt zeigt die gesellschaftliche Erfahrung mit der Atomenergie, dass wir neue Verfahren brauchen, um in einem nach wie vor industriell geprägten Land eine Verständigung über die Infrastrukturen der Zukunft und den Umgang mit Technologien vornehmen zu können. Dies heißt dann aber auch, dass wenn Entscheidungen für bestimmte technologische Pfade getroffen wurden, Demokratisierung nicht missverstanden werden darf als die Ausweitung von zusammenhanglosen Vetomächten gegen alles Mögliche. Nicht jedes „von unten“ artikuliert Anliegen ist links und aus der Addition von Bürgerinitiativen wird kein neues Gemeinsames. Vereinfacht ausgedrückt: Das gemeinsame Ziel einer Energiewende hat dann ein höheres Gewicht als die Kritik an der Ästhetik von Windenergieanlagen.

Um die *repräsentative Demokratie* zu stärken und dem fatalen Scheingegensatz von Bürgern auf der einen und Parteienstaat auf der anderen Seite entgegenzuwirken, müssen – was auf der ersten Blick paradox erscheinen mag – die Parlamente einerseits mehr Handlungsspielraum erhalten, andererseits aber auch um mehr direkte Demokratie ergänzt werden. Gestärkt werden muss das Parlament in seiner Eigenständigkeit gegenüber der Exekutive und vor allem gegenüber wirtschaftlichen Lobbygruppen mit ihrer Expertise und PR-Macht. Ergänzt werden muss der Parlamentarismus um die Möglichkeit der direkten Beteiligung von Bürgern. So sinnvoll Volksentscheide unter bestimmten Voraussetzungen sein können, darf die Diskussion jedoch nicht darauf beschränkt werden. Wenn Jeremy Rifkin Recht hat, dass die zunehmende globale Vernetzung und ein dezentralisierter, kollaborativer Kapitalismus die Chance auf mehr gesellschaftliche Empathie in sich bergen,⁶⁸ brauchen wir vor allem mehr Orte, an denen Interessen und Divergenzen auf den Tisch kommen, Argumente ausgetragen werden und ein gegenseitiges Verständnis entwickelt werden kann. Die den Bürgerkontakt oft ersetzende Meinungsforschung liefert Politikern und Behörden zwar ein – auch nur prekäres – statisches Meinungsbild, aber sie kann keinen diskursiven Meinungsbildungsprozess ersetzen. Durch ein Mehr an Beteiligung und die Stärkung einer Bürger-Identität kann auch die staatliche Politik wieder an Legitimation gewinnen. Hier kommen Jürgen Habermas und der *deliberative Politikansatz* in Spiel, denn dieser benennt einen dritten Weg zwischen einem liberalen Politikverständnis, das Demokratie auf den Staat reduziert, der den freien Verkehr der Individuen sicherstellen soll und dem republikanischen Ansatz, dessen hohe Erwartungen an die Gemeinwohlorientierung der Einzelnen in einer „dezentrierten Gesellschaft“ wohl nicht einzulösen sind. Erforderlich ist eine Öffnung des parlamentarischen Prozesses, um mehr Meinungen und Argumente zu Wort kommen zu lassen und vor allem eine Abwägung und ein Sich-Überzeugen zu ermöglichen. Es geht dabei – nach Habermas – um eine Stärkung der Ressource Solidarität gegenüber den Ressourcen Geld und Macht. Erforderlich sind Orte und Verfahren, die den Entscheidungen von Exekutive und Legislative vorgeschaltet sind. Auf der lokalen Ebene können dies Ansätze wie community organizing oder Planungsverfahren mit Bürgerbeteiligung sein. Aber auch auf der nationalen und europäischen Ebene könnte die

⁶⁷ Zygmunt Baumann (2009): *Gemeinschaften*, Frankfurt/Main, S. 70

⁶⁸ Jeremy Rifkin (2010): *Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein*, Frankfurt a.M / New York

Möglichkeit geschaffen werden, im Sinne eines *Deliberation Day* mit etwas Abstand vor den Parlamentswahlen eine Volksbefragung zu den wichtigen Zielen und Projekten der künftigen Politik zu machen, um das medial vermittelte „große Gespräch“ nicht nur auf Personal- und Koalitionsfragen zu beschränken. Die Entwicklung von neuen Wohlstandindikatoren ergänzend zum BIP (siehe unten) – als Zielkatalog für eine solche Befragung – könnte hier eine wichtige Vorarbeit leisten. Es geht bei alledem um eine gesellschaftliche Verständigung über die Inhalte der Politik und damit auch eine Veränderung des demokratischen Prozesses an sich: „Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern in gewisser Weise auch programmiert.“⁶⁹ Mehr direkte Beteiligung und Dialog schwächt nicht die repräsentative Demokratie, sondern stärkt sie: „Der entscheidende Punkt der Beziehung zwischen beiden Formen der Demokratie liegt darin, dass die dauerhafte Partizipation die Qualität der Repräsentation gewährleistet, stimuliert und kontrolliert.“⁷⁰

Zugleich darf ein Diskurs über politische Gleichheit nicht auf das Zusammenspiel von Bürgern, Parlament und Regierung beschränkt bleiben. Die demokratische Antwort auf einen Kapitalismus, der sich um gesellschaftliche Konsequenzen nicht mehr schert, muss die Rückbindung von wirtschaftlichen Entscheidungen an diejenigen sein, die von ihnen betroffen sind. Hier geht es an den Kern der liberalen Ideologie, nämlich die Frage, ob der Bürgerstatus auch in der Sphäre der Ökonomie zu gelten hat. Denn wo wirtschaftliche Interessen dem Gemeinwohl entgegenstehen, brauchen wir – so Chantal Mouffe - die „Etablierung einer Reihe von Institutionen, durch die diese eingegrenzt und herausgefordert werden können“.⁷¹ Auch wenn der Begriff der „*Wirtschaftsdemokratie*“ einer von jenen linken Formeln ist, dessen politische Strahlkraft erloschen ist, sind die damit verbundenen Konzepte nicht zuletzt durch die Finanzkrise wieder aktuell geworden.

Doch der Diskussion über die repräsentative Demokratie vergleichbar ist auch auf diesem Feld manches formalistisch erstarrt. Die Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb wurde zuletzt eher als Standortfaktor denn als gesellschaftspolitisches Konzept gesehen, umgekehrt blendet die Demokratietheorie meist die Ökonomie aus.⁷² Reformvorschläge verbleiben im technischen Kleinklein und auch hier spielen die Arbeitnehmer als Subjekte kaum eine Rolle. Die Diskussionen um eine „neue Wirtschaftsdemokratie“⁷³ zielen daher auch auf Basismobilisierung durch Organizing und eine Stärkung der unmittelbaren Mitgestaltungsrechte am Arbeitsplatz ab. Je mehr hier Demokratie als Prinzip gestärkt wird, desto größer ist die Chance, dass dies auch auf die Gesellschaft als Ganzes ausstrahlt: „Zur Mitbestimmung als Bestandteil eines neuen wirtschaftsdemokratischen Gegenmodells gehören mehr Selbstbeteiligung, Selbstverantwortung und Selbstaktivierung, Mobilisierung von unten statt Stellvertreterpolitik. Kurzum: Es geht um ein neues Konzept der Vertretung im Unternehmen und im Betrieb.“⁷⁴ Neue Wirtschaftsdemokratie muss aber auch ein Zweites leisten: Die im Finanzmarktkapitalismus entscheidende Machtfrage ist eine *Politisierung der Investitionsfrage*. Ein Sozial-ökologischer New Deal bleibt Illusion, wenn nicht ein breites Set an Anreizen, Regeln und Verfahren entwickelt wird, um bei Entscheidungen über die Verwendung von Kapital auch andere

⁶⁹ Jürgen Habermas (1999): Drei normative Modelle der Demokratie, in: Habermas: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M., S.289f.

⁷⁰ Paul Ginsborg (2008): Wie Demokratie leben, Berlin, S. 67

⁷¹ Chantal Mouffe (2008): Das demokratische Paradox, S. 37

⁷² vgl. Alex Demirovic (2007): Demokratie in der Wirtschaft, Münster

⁷³ Helmut Martens (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie, Hamburg sowie Michael Schumann / Richard Detje (2011): Demokratisierung der Wirtschaft „von unten“ – ein neuer Anlauf für Systemkorrekturen, [http://www.sofi.uni-goettingen.de/index.php?id=981&no_cache=1&tx_drblob_pi1\[downloadUid\]=924](http://www.sofi.uni-goettingen.de/index.php?id=981&no_cache=1&tx_drblob_pi1[downloadUid]=924)

⁷⁴ Schumann / Detje (2011), S. 13

Kriterien als den schnellen Profit und die Maximalrendite zur Geltung zu bringen. Hier verläuft die direkte Verbindungslinie zur „politischen Ökonomie des Gemeinsamen“ und zum Gedanken der Investitionsfonds (siehe unten). Die Politisierung der Investitionsfrage ist nicht nur auf der Ebene der Volkswirtschaft nötig, sondern auch auf Unternehmensebene. Zu Recht fordern Gewerkschaften und linke Parteien, dass das Aktiengesetz so geändert wird, dass Aktiengesellschaften bei ihren Investitionsentscheidungen nicht nur den Shareholdern, sondern auch gegenüber der Gesellschaft verpflichtet sind. Unabhängig davon, was dies materiell bedeuten würde, wäre dies eine wichtige symbolische Auseinandersetzung, auch über die Relevanz von Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet. All dies wiederum braucht mehr demokratische Emphase. Gerade aus Arbeitnehmerperspektive muss die Ausweitung der „industriellen Bürgerrechte in doppelter Hinsicht“ wieder zum Thema werden: „einmal durch die Anerkennung des ‚Arbeitsbürgers im demokratischen Betrieb‘ und einmal durch die Anerkennung des ‚demokratischen Staatsbürgers im privatwirtschaftlichen Unternehmen‘“.⁷⁵

Die Durchsetzung von mehr Orten und Verfahren direkter Beteiligung von Bürgern und Arbeitnehmern löst den Konflikt zwischen Einzelinteresse und Gemeinwohl natürlich ebenso wenig automatisch auf, wie unterschiedliche Sichtweisen vom Gemeinwohl. Mit einer Vielzahl von St. Florians-Entscheidungen wäre wenig gewonnen. Doch sie ermöglichen, dass Argumente gehört werden, die derzeit nicht durch den hegemonialen Filter kommen und sie führen dazu, dass in einem Kapitalismus, in dem Macht mit Geld gekauft werden kann, zumindest wieder etwas stärker das Prinzip von checks and balances gilt. Zudem sind demokratische Verfahren auch als „Vergemeinschaftungsprozesse“ zu verstehen, aus denen Vertrauen und neues Sozialkapital erwächst. Unterschieden werden muss hier zwischen „bindendem Sozialkapital“, das eher Gruppeninteressen absichert und „brückenbildendem Sozialkapital“ das ein Gemeinsames der Verschiedenen herstellt, denn Gesellschaft sind „dann integrations- und funktionsfähig, wo es ihnen gelingt, mit Hilfe des brückenbildenden Kapitals eine Art ‚Gemeinschaft der Gemeinschaften‘ zu bilden.“⁷⁶ Die gesellschaftliche Wirkung von „mehr gewagter Demokratie“ vollzieht sich eben vor dem Hintergrund dominanter Diskurse. Aufgabe der Linken wäre es, neue demokratische Verfahren zu nutzen, um den eigenen Diskurs zu stärken und neue Diskurskoalitionen im Sinne einer organischen Solidarität zu bilden.

Politische Ökonomie des Gemeinsamen

Ein zweiter möglicher Diskursstrang ist der einer *politischen Ökonomie des Gemeinsamen*. Ihr zentraler Gedanke lautet, dass in einer modernen Ökonomie eine nachhaltige Prosperität – aber auch der einzelwirtschaftliche Erfolg – zunehmend auf Voraussetzungen angewiesen ist, die nur gemeinschaftlich geschaffen werden können. Unter einer politischen Ökonomie des Gemeinsamen ist nicht eine neue ökonomische Theorie zu verstehen, sondern vor allem die Aufgabe, alle jene Erkenntnisse, Alltagserfahrungen und wirtschaftspolitischen Forderungen diskursiv zu verknüpfen, die den liberalen Mythos widerlegen, dass unregulierte Märkte, der rationale Eigennutz und einzelunternehmerische Entscheidungen die wesentlichen Triebkräfte für gesellschaftlichen Wohlstand sind. Dabei geht es vor allem darum, wieder neue politische Handlungsspielräume für eine demokratische strukturpolitische Gestaltung der Ökonomie zurückzugewinnen.

⁷⁵ Walther Müller-Jentsch (1994): Über Produktivkräfte und Bürgerrechte, in: Niels Beckenbach / Werner van Treeck (Hg.): Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Soziale Welt Sonderband 9, S. 659

⁷⁶ Hartmut Rosa u.a. (2010), S. 110

Die hier formulierte Vorstellung vom Gemeinsamen knüpft an der Diskussion über „Commons“ bzw. „Gemeinschaftsgüter“ an. Darunter werden „alle Gaben, die wir ererben oder gemeinsam schaffen“⁷⁷ verstanden. Ihre Quellen sind Natur, Kultur und das (nicht zwingend bewusste) Zusammenwirken von Gemeinschaften. Jeder Bürger ist daher Erbe und Mit-Produzent. Der hier verwendete Begriff des „Gemeinsamen“ greift den Begriff der Commons auf, geht aber auch darüber hinaus, in dem er auch staatliches und Sozialeigentum sowie bewusste demokratische Entscheidungen einbezieht.

Ein erster Gedanke einer politischen Ökonomie des Gemeinsamen lautet nun, dass ein nicht unmaßgeblicher Teil der privaten Gewinnerzielung auf der zwar meist legalen aber nicht legitimen „Landnahme“⁷⁸ und *Einhegung des Gemeinsamen* basiert. Anders formuliert: es findet eine private Nutzung oder Aneignung von Gütern oder Ressourcen statt, für die der Gesellschaft gar keine Rechnung bezahlt wurde. Unmittelbar einsichtig ist dies, wenn Unternehmen im Zuge ihrer Produktion die natürlichen Lebensgrundlagen (wie Flora, Fauna, Luft, Wasser oder Atmosphäre) in Anspruch nehmen. Dieses Zur-Ware-Machen des Gemeinsamen beschränkt sich aber nicht auf die Natur sondern nimmt auch die menschliche Kultur in Anspruch, z.B. dann, wenn Unternehmen die kulturellen Erfahrungen und Errungenschaften von Völkern patentieren und damit ein Gemeingut einhegen. Können glühende Marktwirtschaftler dies noch mit einem gesellschaftlichen Nutzen rechtfertigen, wird die argumentative Luft dünner, wenn wir uns die Logik des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus vor Augen führen. Das von Anlegern und Investoren erwartete „Mindestkapitaleinkommen“⁷⁹, das ja meist oberhalb des volkswirtschaftlichen Zuwachses liegt, kann dauerhaft nur dann erzielt werden, wenn ein Eingriff in die vorhandene wirtschaftliche Substanz erfolgt. Diese „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey) vollzieht über die Privatisierung von Staatseigentum und Sozialeigentum, die Umverteilung von Löhnen zu Vermögenseinkommen, das Auspressen von Unternehmen durch Finanzinvestoren und – wie jüngst in der Finanzkrise - eben auch die Steuerfinanzierung von Bankenrettungspaketen.

Im modernen Kapitalismus, in dem Wissen und symbolisches Kapital gerade in gesättigten Märkten zu wesentlichen Wertschöpfungsfaktoren aufgestiegen sind, geht diese nicht legitime Aneignung aber noch weiter. Wie viele Analysen zeigen, nimmt der Anteil des Wissens an der Wertschöpfung zu. Immer mehr Erwerbstätige sind mit immaterieller Produktion beschäftigt – sie stellen neues Wissen, Bilder, Emotionen und soziale Beziehungen her. So manches Großunternehmen konzentriert sich auf Produktentwicklung und Markenführung und lagert die materielle Produktion aus. Doch woher kommen Ideen, Wissen und der Wert einer Marke? Als sich der frühere Siemens-Chef Heinrich von Pierer einmal mit seinen Erfindern im Unternehmen unterhielt, kam er zu einer für ihn überraschenden Erkenntnis: „Gefragt, wann und wie sie auf ihre neuen Ideen kommen, antworten die meisten Innovatoren, dass das zumeist nicht im Büro oder Labor passiere, sondern in ihrer Freizeit, etwa bei der Beschäftigung mit ihren Hobbys“.⁸⁰ Nichts anderes meint die erwähnte „Subjektivierung von Arbeit“. Sie bedeutet, dass Beschäftigte sich zunehmend als ganzer Mensch in den Wertschöpfungsprozess einbringen – mit ihren Gefühlen, ihrer „Frei“zeit, ihren sozialen Kontakten. Neues Wissen basiert in hohem Maße auf bisherigem Wissen und dem menschlichen Austausch darüber, auf Netzwerken und sozialen Beziehungen, an denen Menschen beteiligt sind. Hardt und Negri sehen darin sogar eine

⁷⁷ Peter Barnes (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, Hamburg, S. 28

⁷⁸ Klaus Dörre (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders. / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa: Soziologie, Kapitalismus, Kritik, Frankfurt a.M.

⁷⁹ Frédéric Lordon (2000): „Aktionärsdemokratie“ als soziale Utopie?, Hamburg, S. 11

⁸⁰ Heinrich von Pierer (1999): Erfinden, entwickeln, unternehmerisch umsetzen – von der Idee zum Markterfolg, in: ders./Bolko von Oettinger (Hrsg.): Wie kommt das Neue in die Welt?, Reinbek, S. 30

„biopolitische Wende in der Ökonomie“⁸¹, die Produktion von Lebensformen werde zur Grundlage des Wertzuwachses. Auf Basis digitaler Netze entstehen neue Formen der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Menschen an unterschiedlichen Orten dieser Welt bringen ihre Ideen, ihr Wissen, ihre Kreativität zusammen und schaffen daraus etwas Neues. Diese kollaborative Produktion wird als Peer Production oder auch – in Anlehnung an das Wiki-Prinzip – als Wikinomics⁸² bezeichnet. Unternehmen nutzen das Wissen und die persönlichen Daten der Prosumenten⁸³ (Konsumenten als Mit-Produzenten), um ihre Produkte weiterzuentwickeln. Doch diese Form der Produktion hat ein Doppelgesicht: Auf der einen Seite entstehen neue Kooperationsformen und auch so etwas wie eine „digitale Allmende“ in Form von offen verfügbarem Wissen. Auf deren anderen Seite eignen sich private Unternehmen die Ergebnisse der derart geleisteten „Arbeit“ an und hegen neu geschaffenes Wissen wiederum ein. Der Wertzuwachs von Unternehmen wie Google (spekulativen Überschwang in der Bewertung von Aktienkursen mal außer acht gelassen) basiert in mehrfacher Hinsicht auf Gemeinsamem. Zum einen greift hier der Netzwerkeffekt: Produkte werden umso wertvoller, je mehr Nutzer sie haben. Dies gilt für Betriebssysteme, Internetauktionshäuser und eben auch Suchmaschinen. Zum anderen verarbeitet Google einen „Rohstoff“, den es „frei Haus“ geliefert bekommt. Die Erfinder von Google haben sicher Kluges geleistet, aber ihr PageRank-Algorithmus wäre wertloser Code, wenn sie nicht den Datenbestand und die Handlungen von Milliarden Nutzern des WWW nutzen und verarbeiten könnten. Schließlich fließt auch der umständlich errechnete „Brand Equity“ von Unternehmen mit ein, der bei Google im Jahr 2010 bei rund 114 Mrd. Dollar gelegen haben soll. Doch dieser Markenwert ist letztlich nicht nur Ausdruck von Produktqualität und großen Werbeetats, sondern quasi die Akkumulation des knappen Gutes menschlicher Aufmerksamkeit. Je tiefer sich eine Marke in die Gehirne von Millionen Konsumenten gebrannt hat, desto mehr ist sie wert.

Hier findet aber nun in zweifacher Hinsicht eine „Ausbeutung“ statt. Zum einen der Subjekte als Arbeitnehmer, Konsumenten und Informationsträger. Mit ihrer nicht bezahlten Zeit, ihrer Aufmerksamkeit, ihren Emotionen, ihren persönlichen Daten sind sie – ob bewusst oder unbewusst – an der Produktion von Wissen und symbolischem Kapital beteiligt. Man mag Werbung als unschädlich oder sogar kulturell bereichernd ansehen, doch was das immer raffinierter werdende Neuromarketing in unseren Köpfen auslöst, haben wir selten unter Kontrolle. Zum anderen basiert die wissensbasierte Ökonomie auf einer „Expropriation des Gemeinsamen“⁸⁴, da neues Wissen immer auf bestehendem Wissen aufbaut. Dies alles könnte man als irrelevante Spitzfindigkeiten abtun, würde diese private Aneignung nicht auch negative Auswirkungen auf unseren Wohlstand haben. Die forcierte Subjektivierung unter hohem Leistungsdruck führt längst zu Folgeschäden wie Stress und psychischen Erkrankungen. Die Rechnung zahlen die Betroffenen und die Gesellschaft. Ähnliches gilt sicher auch für die Überflutung des öffentlichen Raums mit kommerziellen Reizen. Das knappe Gut „Subjekt“ wird hier übernutzt. Genau umgekehrt verhält es sich mit dem Wissen und Wissensprodukten, die im Gegensatz zu klassischen Produktionsfaktoren ja die Eigenschaft aufweisen, dass sie durch Gebrauch nicht verbraucht werden. Aus diesem Grunde weist André Gorz zu Recht darauf hin, dass es nicht das Wissen ist, das eine starke Position im Wettbewerb ausmacht, sondern eigentlich das Wissensmonopol.⁸⁵ Aufgrund der genannten Eigenschaften von Wissen, haben Unternehmen natürlich nur dann einen Anreiz, in die Erzeugung von neuem Wissen zu investieren, wenn sie es für einen bestimmten Zeitraum als „temporärer Monopolist“ exklusiv

⁸¹ Michael Hardt / Antonio Negri (2010): Common Wealth. Das Ende des Eigentums, S. 146

⁸² Don Tapscott / Anthony D. Williams (2007): Wikinomics. Die Revolution im Netz, München

⁸³ G. Günter Voß / Kerstin Rieder (2005): Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden, Frankfurt a.M. / New York

⁸⁴ Michael Hardt / Antonio Negri (2010): Common Wealth. Das Ende des Eigentums, Frankfurt/New York, S. 155

⁸⁵ André Gorz (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich, S. 50

nutzen können. Über Ausbau von so genannten „geistigen Eigentumsrechten“ wird Wissen als Gut künstlich verknüpft und damit auch die Erzeugung neues Wissens erschwert. So stellt Jeremy Rifkin fest: „Nirgendwo stehen die alten Wirtschaftsparadigmen und der neue dezentrale Kapitalismus in größerem Widerspruch zueinander als auf dem Gebiet des intellektuellen Eigentums.“⁸⁶

Der zweite Gedanke einer politischen Ökonomie des Gemeinsamen ist es daher, herauszuarbeiten, dass ein nachhaltiger Wohlstand durch einen Mangel an Gemeinsamen blockiert wird. Wo der ruinöse Umgang mit der Umwelt unsere Lebensgrundlagen bedroht, liegt dies auf der Hand: Um das „ererbte Gemeinsame“ (Umwelt) zu erhalten, muss die Gesellschaft mehr „Gemeinsames“ schaffen. Dazu gehören Verhaltensänderungen, Regeln, aber auch demokratische Entscheidungen über den wirtschaftlichen Strukturwandel. Doch liegen viele weitere lose Argumentationsfäden herum, die es zu einem diskursiven Strang zu verknüpfen gilt. Bezogen auf die Finanzmärkte hat selbst der CDU-Politiker und aktuelle Umweltminister Norbert Röttgen davon gesprochen, dass diese ein öffentliches Gut seien – freilich ohne die politischen Konsequenzen zu fordern, die verhindern, dass „irrationaler Überschwang“ und die Orientierung am „Mindestkapitaleinkommen“ die ökonomische Stabilität gefährden. Der inzwischen teilweise wieder mainstreamfähige Keynesianismus ist – auch wenn er immer noch als Theorie zur Legitimation von Staatsverschuldung missverstanden wird – ein Konzept zum Umgang einer Volkswirtschaft mit Unsicherheiten und zur Stabilisierung von Nachfrage und Investitionen als wichtiger ökonomischer Grundlage für Prosperität. Kollektive Regelungen wie Tarifverträge sind nicht nur „Kostenfaktor“, sie senken auch Transaktionskosten und fungieren als Produktivitäts- und Innovationspeitsche. Die Verhaltensökonomik zeigt uns, dass Vertrauen und Fairness eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielen. Auch wird von den Wirtschaftsliberalen gern verschwiegen, dass viele Technologien, das Internet und nicht zuletzt der ökonomische Aufholprozess einer Volkswirtschaft wie Japan das Ergebnis staatlicher Planung und seiner technologischen „Pioniertätigkeit“ sind. Aus der Innovationsforschung wissen wir wiederum, wie wichtig das Zusammenspiel von Kooperation, Netzwerken, Nachfrage, Standardsetzungen, Regeln, Qualifikation und staatlicher Förderung für den Erfolg auf so genannten „Leitmärkten“ ist.⁸⁷ Voraussetzung für Kreativität wiederum ist ein regionales Umfeld, das diese fördert und gedeihen lässt. Der US-Regionalökonom Richard Florida nennt vor allen drei Faktoren: Technologie, Talente und Toleranz.⁸⁸ Um für Angehörige der „Creative Class“ attraktiv zu sein, müssen Städte oder Regionen diese Faktoren sicherstellen. Auch hier sind wir wieder beim „Gemeinsamen“: Ein tolerantes, kulturell offenes Umfeld und ein hohes Qualifikationsniveau kann kein Markt, sondern nur eine Gesellschaft gemeinsam herstellen. Und schließlich beweisen auch aktuelle Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen geringer Einkommensungleichheit und gesellschaftlicher Zufriedenheit die Bedeutung des Gemeinsamen. Viele „weiche“ ökonomische Faktoren basieren nicht zuletzt auf „harter“ staatlicher Verteilungspolitik, auf gezielter Strukturpolitik, auf steuerfinanzierter Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen. Ein unterfinanzierter Staat, schlechte Bildungseinrichtungen und eine marode Infrastruktur müssen als Mangel an Gemeinsamen verstanden werden, der dem gesellschaftlichen Wohlstand entgegensteht. Eine zukünftige Steuer- und Finanzpolitik sollte also nicht nur mit dem Gerechtigkeitsargument begründet werden, sondern auf diese politische Ökonomie des Gemeinsamen Bezug nehmen.

Eine mögliche Maßnahme, um das Bewusstsein für dieses Gemeinsame zu schärfen, wäre die *Entwicklung von Wohlstandsindikatoren*, die die Ökonomie ganzheitlich betrachten, also auch die

⁸⁶ Jeremy Rifkin (2010): Das empathische Zeitalter. Wege zu einem globalen Bewusstsein, Frankfurt/Main, S. 388

⁸⁷ Frieder Meyer-Krahmer (2004): Vorreiter-Märkte und Innovation. Ein neuer Ansatz der Technologie- und Innovationspolitik, in: Frank-Walter Steinmeier / Matthias Machnig (Hg.): Made in Germany '21, Hamburg

⁸⁸ Richard Florida (2004): The Rise of the Creative Class, New York

sozialen und ökologischen Konsequenzen und Interdependenzen wirtschaftlichen Handelns in den Blick nehmen. Das Thema ist nicht neu, hat aber nicht zuletzt durch die Arbeit der „Stiglitz-Kommission“ im Auftrag der französischen Regierung neue Fahrt bekommen.⁸⁹ Der Deutsche Bundestag hat jüngst eine Enquete-Kommission einrichtet, die sich dieser Aufgabe widmet.⁹⁰ Dabei kann es nicht nur um eine Alternative zum BIP gehen, sondern diese ganzheitliche Perspektive muss sich auch in Kennziffern auf der Produkt- und Unternehmensebene niederschlagen. Und warum dann nicht Unternehmen, die in Reaktion auf kritisches Verbraucherbewusstsein nicht nur mit CSR-Kampagnen blenden, sondern sich an Fakten nachweisbar gemeinwohlorientiert verhalten, steuerlich anders behandeln als Unternehmen, die das Gegenteil tun? Vor allem wird entscheidend sein, diese Wohlstandsindikatoren zum Gegenstand der zivilgesellschaftlichen Debatte zu machen. Sie müssen in die Lehr- und Schulbücher und in der Tagesschau mindestens ebenso prominent präsentiert werden wie die Börsenkurse.

Als weiterer Denkanstoß für eine diesen Diskurs unterstützende Politik können die Fonds, die Norwegen oder auch der US-Staat Alaska für ihre Einnahmen aus der Erdölförderung eingerichtet haben, dienen. Da die Einnahmen aus natürlichen Ressourcen resultieren, die allen Bürger/innen gehören und zudem endlich sind, werden sie im Sinne der Gesellschaft investiert. Alaska schüttet zudem einen Anteil direkt pro Kopf an die Bürger/innen aus. Dieser Fondsgedanke wäre in zweifacher Hinsicht auszubauen. Zum einen sollen Unternehmen, die das „Gemeinsame“ in Anspruch nehmen, dafür eine Prämie an die Gemeinschaft zurückerzahlen. Zum anderen geht es darum, mit diesen Mitteln ein Mehr an Gemeinsamem durchzusetzen und den Kapitalismus damit reformistisch umzuprogrammieren. Denkbar wäre zum Beispiel dass die Finanzspekulation – verstanden als eine Art „ökonomische Umweltverschmutzung“ - mit der viel diskutierten Finanztransaktionssteuer verteuert wird und zumindest ein Teil der Einnahmen in einen *Public Equity-Fonds* fließt, der echte realwirtschaftliche Investitionen im gesellschaftlichen Interesse fördert. Auch Einnahmen aus einer reaktivierten Vermögenssteuer könnten zum Teil in einen solchen Fonds fließen. Ebenso könnte ein *Wissensfonds* realisiert werden, der sich aus (höheren) Gebühren für Patente und andere geistige Eigentumsrechte speist. Die Einnahmen können in die öffentliche Bereitstellung von Wissen, die Förderung von gemeinnützigen Wissensprojekten und die wissenschaftliche Grundlagenforschung fließen. Ein *Nachhaltigkeitsfonds* könnte sich speisen aus Einnahmen des Emissionshandels und diese für Investitionen und Anreizprogramme zur Energiewende und Steigerung der Ressourcenproduktivität. In Abwandlung der Idee des „Sky Trust“ von Peter Barnes, der den Emissionshandel so ausgestalten will, dass ein Teil der Einnahmen direkt an die Bürger/innen ausschütten wird, wäre die Auszahlung in Form Gutscheinen für ressourceneffiziente Produkte zielführender.⁹¹ Im Bereich des Möglichen wäre auch ein *Kulturfonds*, der sich finanziert aus Gebühren für die Nutzung von Rundfunkfrequenzen und einer Abgabe auf Werbung im öffentlichen Raum und der öffentliche Kultureinrichtungen und freie Medien fördert. Selbstverständlich dürfen solche Fonds die reguläre Steuer- und Finanzpolitik nicht ersetzen.

Solche – unter Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen zu gestaltenden – Fonds schieben sich also zwischen Teile der Wirtschaft auf der einen und Staat, Zivilgesellschaft und durchaus auch Teile

⁸⁹ Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen, Jean-Paul Fitoussi (2010): *Mismeasuring our lives – why GDP doesn't app upp*. The report by the commission on the Measerument of Economic Performance and Social Progress, New York

⁹⁰ Die Enquete-Kommission hat den sperrigen Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

⁹¹ Jörg Haas / Peter Barnes (2009): *Die Atmosphäre als Gemeingut- Zukunft des europäischen Emissionshandels*, in: Silke Helfrich / Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Wem gehört die Welt? Zur Der Wiederentdeckung der Gemeingüter*, München

der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite. Sie sorgen für einen Finanztransfer, um öffentliche Güter, sozial-ökologische Investitionen, nachhaltige Produktideen, kleine Unternehmen, neue Kooperations- und Eigentumsmodelle und gemeinnützige Innovationsprojekte zu fördern. Die Vergabe müsste sich an Kriterien orientieren, die aus den angesprochenen Wohlstandsindikatoren abgeleitet werden. Die weitere strategische Perspektive solcher Fonds könnte darin liegen, sie als Regulationsmodell auch für Unternehmen, Branchen und Modelle der Altersvorsorge bzw. Mitarbeiterbeteiligung auszubauen: Weniger im Sinne einer „Aktionsärsdemokratie“ sondern vor allem mit einer strukturpolitischen Ausrichtung: Kapital wird den globalen Finanzmärkten vorenthalten, verbleibt in räumlich definierten und gesellschaftlich verwalteten Kreisläufen und wird für reale Investitionen genutzt.

Bei alledem gilt es verdeutlichen, dass die Produktionsverhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus der Entwicklung der Produktivkräfte im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Wirtschaftsordnung entgegenstehen und eine neue Logik Schritt für Schritt durchgesetzt werden muss. Dem Manager- und Finanzkapitalismus wird also die Idee einer kreativen und bürgerschaftlichen Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung und einem breiteren demokratischen Zugang zu den Produktionsmitteln gegenübergestellt.

Soziale Bürgerrechte und Gute Arbeit

Ein dritter Diskursstrang des Gemeinsamen begreift den *Sozialstaat als Garant von persönlicher Freiheit* und zugleich als *demokratische Errungenschaft* und als *kollektives Eigentum*, das nicht beliebig zur Disposition steht. Er richtet sich damit auch gegen die konservativ-liberale Sichtweise, dass der Sozialstaat der Entfaltung von Eigeninitiative entgegenstehe. Gerade angesichts der Tatsache, dass Lebensentwürfe immer weniger planbar sind und Biografien Brüche aufweisen müssen universelle und verlässliche Sicherheiten für alle geschaffen werden. Ein solcher Sozialstaatsdiskurs begreift also einen *sozialpolitischen Universalismus als Voraussetzung für einen biografischen Individualismus*.

Schon mit Blick auf die „Reformen“ der letzten 15 Jahre fällt ein Widerspruch ins Auge: Auf der einen Seite halten wir fest an einem Sozialmodell, das im internationalen Vergleich als „konservativ“ eingeordnet wird und immer noch die Handschrift von Bismarck trägt. Es ist berufsständisch segmentiert und subventioniert tradierte Geschlechterrollen. Auf der anderen Seite baut die Begründung dieser „Reformen“ auf einem Menschen- und Gesellschaftsbild auf, das eben mit dieser Vergangenheit bricht. Es geht bei dieser als „neosozial“ charakterisierten Politik um Aktivierung und Mobilisierung, der Einzelne müsse Verantwortung für sich übernehmen und Unternehmer seiner selbst sein. So wichtig auf die Stärkung des Subjekts zielende Maßnahmen sind, der aktivierende Sozialstaat ist – so verstanden – passgenau darauf zugeschnitten, den flexiblen Menschen für den flexiblen Kapitalismus zu formen. Nur führt die Nicht-Auflösung des Widerspruchs dazu, dass viele die sich entweder als „unternehmerische Einzelne“ freiwillig auf die gefeierte Flexibilität einlassen oder sich in einem breiten Spektrum von qualifizierten bis einfachen und prekären Arbeitsformen auf die diese Flexibilität einlassen müssen, sich selbst überlassen bleiben.

Der Diskurs über den Sozialstaat muss daher von der Vielfalt der Lebenslagen und Widersprüche im flexiblen Kapitalismus ausgehen. Er muss verdeutlichen, dass es Aufgabe des Sozialstaats ist, individuell gewünschte Lebensentwürfe zu unterstützen und den Bürgern Selbstkontrolle über das eigene Leben zu ermöglichen. Je nach konkreter Lage kann dies bedeuten, mehr erwünschte Flexibilität zu abzusichern oder unerwünschte Flexibilität neu zu

begrenzen. Allein im wachsenden Phänomen der Soloselbständigkeit – in Städten wie Berlin gehört jeder neunte Erwerbstätige in diese Kategorie - bündeln sich ganz unterschiedliche Realitäten von Flexibilität. Dem – möglicherweise auf eine Lebensphase beschränkten - Wunsch der „digitalen Boheme“ vor allem in der Kreativwirtschaft nach einem „Leben jenseits der Festanstellung“ stehen outgesourcte Schein-Selbständige in anderen Bereichen gegenüber.

Erforderlich ist auch der Nachweis, dass ein guter Sozialstaat kein Hemmnis für ökonomische Prosperität ist. Hier gilt es – auch im Rahmen der weiter oben besprochenen ganzheitlichen Bilanzierung – die sozialen Folgekosten von Ungerechtigkeit und Ungleichheit einzupreisen.⁹² Eine Gesellschaft mit wenig Armut und hoher sozialer Sicherheit ist eine glücklichere Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne massive soziale Unterschiede ist friedlicher und eher in der Lage, ihre kreativen und produktiven Potenziale zu nutzen. Daher steht den Kosten auch im Sinn einer politischen Ökonomie des Gemeinsamen ein ökonomischer Nutzen gegenüber: Risiken werden reduziert und Krisen werden über die automatischen Stabilisatoren konjunkturell abgefedert. Gerade weil im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus der Zusammenhang zwischen „Gewinnen von heute und Investitionen (und Arbeitsplätzen) von morgen“ nicht mehr gegeben ist, steht der Sozialstaat in der Verantwortung, einen höheren Teil des volkswirtschaftlichen Produkts in zukunftsfähige Beschäftigungsfelder zu lenken – und dazu gehören Gesundheit, Pflege und Bildung ja zweifelsohne.

Ein kritischer Blick auf die „Reformen“ der jüngeren Vergangenheit zeigt zudem: Sozialpolitische Veränderungen oder gar Paradigmenwechsel können nicht allein in den Amtsstuben der Ministerien und Denkstuben der Wissenschaft am Reißbrett geplant und ins Werk gesetzt werden. So unverzichtbar profunder Sachverstand in einem komplexen System ist, so evident ist auch, dass die Undurchschaubarkeit des Sozialstaates seine Vertrauensbasis schwächt. Wir brauchen daher eine öffentliche und demokratische Debatte über die Ziele des Sozialstaats. Soziale Sicherheit ist nicht etwas, was der Staat gewährt, sondern etwas, auf das sich freie und gleiche Bürger verständigen. Daher war es zwar richtig, die Institutionen des Sozialstaats vom paternalistischen Denken des vorletzten Jahrhunderts zu befreien. Falsch war hingegen die Übernahme der Marktsprache – von der „Ich-AG“ bis zur Vorstellung vom „Kunden“. Die Träger und Nutznießer des Sozialstaats sind keine „Kunden“, sondern Bürger. Eine so verstandene Bürgerschaft gründet sich eben nicht nur auf das Privateigentum, sondern sie begreift das „Sozialeigentum“ (Robert Castel) als persönliche Rechte der Eigentumslosen und als zivilisatorische Errungenschaft.

Erforderlich ist also eine öffentliche und demokratische Verständigung über „soziale Bürgerrechte“. Für den britischen Sozialwissenschaftler Thomas H. Marshall markierten die sozialen Rechte eines Bürgers den demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt.⁹³ In seiner sicherlich etwas schematischen, aber nicht minder wegweisenden Betrachtung aus dem Jahr 1949 erkämpften die Menschen zunächst die bürgerlichen Rechte (die gesetzliche Garantie von Grundrechten, Freiheit und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die Garantie des Eigentums usw.), gefolgt von den politischen Rechten (allgemeines aktives und passives Wahlrecht, Mitsprache-, Mitwirkungs-, Informationsrechte usw.). Als modernste Rechte folgten schließlich die sozialen Rechte. Darunter verstand Marshall „... eine Reihe von Rechten, vom Recht auf ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Wohlfahrt und Sicherheit, über das Recht an einem vollen Anteil am gesellschaftlichen Erbe, bis zum Recht auf ein Leben als zivilisiertes Wesen

⁹² Richard Wilkinson / Kate Pickett (2009). Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin

⁹³ Thomas M. Marshall (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: ders.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt a.M./New York, S. 33 - 94

entsprechend der gesellschaftlich vorherrschenden Standards“.⁹⁴ Es geht hier also nicht nur um Minimalrechte, wie den Schutz vor absoluter Armut, sondern darum, die sozialen Teilhaberechte mit der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung fortzuschreiben. Daraus lässt sich – auch wiederum mit Marshall – eine klare Fortschrittsperspektive ableiten: „Die Gesellschaften aber, in denen sich die Institutionen der Staatsbürgerrechte zu entfalten beginnen, erzeugen die Vorstellung eines idealen Staatsbürgerstatus, an der die Fortschritte gemessen und auf die die Anstrengungen gerichtet werden können. Der Drang, auf dem damit vorgezeichneten Pfad vorwärtszukommen, ist ein Drang zu einem vollen Maß an Gleichheit, zu einer Bereicherung der dem Status Inhalt gebenden Substanz und zu einer Zunahme der Zahl jener, denen der Status gewährt wird.“⁹⁵ Ein so verstandener Fortschritt bedeutet also den Staatsbürgerstatus mit einem Ausbau von sozialen Rechten, denen immer auch Pflichten gegenüberstehen, zu verbinden. Sozialer Fortschritt ist demnach die Ausweitung der sozialen Rechte und des Kreises, für den diese Rechte nicht nur formal gelten sondern auch de facto verwirklicht werden. Indem eine Gesellschaft diesen „Drang“ für sich als Ziel und Weg begreift, hat sie auch eine klare Idee von sich selbst.

Soziale Bürgerrechte sind keine Alternative zu Arbeitnehmerrechten, sondern beide ergänzen sich und gehen ineinander auf. Während auf staatlicher Ebene das soziale Recht eines Mindestlohns durchgesetzt wird, verfügen Arbeitnehmer darüber hinaus über das Recht, in kollektiven Vereinbarungen leistungsgerechte Löhne durchzusetzen. Insofern muss der gewerkschaftliche Diskurs um „gute Arbeit“ einbezogen werden, der ja auch dazu dient, sehr unterschiedliche Problemlagen – vom Leiharbeiter bis zum ausgepowerten Berater – in einen Zusammenhang zu bringen. So unterschiedlich die jeweiligen Problemlagen auch sind: Alle Arbeitnehmer verlangen eine ideelle und materielle Wertschätzung ihrer Arbeit, sind auf Schutzrechte vor dem Markt und der Vereinnahmung durch den flexiblen Kapitalismus angewiesen und haben den Anspruch auf Partizipation, der eine Ausweitung der „industriellen Bürgerrechte“ erfordert.

Als soziale Bürgerrechte sollten darüber hinaus zumindest definiert werden: der gebührenfreie Zugang zu Bildung und anderen öffentlichen Dienstleistungen sowie der Schutz vor Armut durch eine soziale Grundsicherung und arbeitsmarktpolitische Förderung - auch wenn der seit Jahrzehnten währende Dissens in der Linken zwischen Bedarfsorientierung und bedingungslosem Grundeinkommen sicher nicht ganz einfach zu lösen ist. Hier ist eben auch eine gesellschaftliche Verständigung über Werte und Prioritäten erforderlich, wobei der Autor seine Meinung nicht zurückhält, dass die nötige politische Energie zur Durchsetzung eines auch verteilungspolitisch akzeptablen Grundeinkommens in anderen Projekten sinnvoller eingesetzt werden könnte. Vorrangig wäre eine Verständigung darüber, welche im gesellschaftlichen Interesse liegenden Nicht-Erwerbszeiten auch solidarisch abgesichert werden sollten – wie eben Kinderbetreuung, Pflege oder Weiterbildung – zum Beispiel im Rahmen einer „Arbeitsversicherung“. Zu den sozialen Rechten (und Pflichten) sollte daher auch die schrittweise Realisierung des Prinzips der Bürgerversicherung in allen Zweigen der Sozialversicherung gehören. Die seit Jahren geführte Diskussion zwischen einer Bürgerversicherung und der von den Liberalen und Konservativen favorisierten Kopfpauschale ist nicht nur ein Streit zwischen verschiedenen versicherungstechnischen Modellen bzw. über unterschiedliche Varianten der Kostenteilung in der Gesellschaft. Es ist auch und vom allem eine symbolische Auseinandersetzung über entgegengesetzte Gesellschaftsvorstellungen.

Doch an dieser Stelle geht es weniger darum, schon einen abgeschlossenen Katalog an sozialen Bürgerrechten zu diskutieren. Entscheidend ist es, als Ausdruck von organischer Solidarität die

⁹⁴ Ebenda, S. 40

⁹⁵ Ebenda, S. 53

Vielzahl von Lebenslagen zum Ausgang zu nehmen, um auf einer klaren normativen Grundlage eine Verständigung darüber herbeiführen, welche sozialen Bürgerrechte diese Gesellschaft braucht.

Das Gemeinsame – ein nationales oder ein „kosmopolitisches“ Projekt?

Um zwei absehbare Einwände vorwegzunehmen, handelt es sich bei der Arbeit am Gemeinsamen mitnichten um einen neuen sozialtechnischen Masterplan und schon gar nicht um den Ruf nach dem neuen Menschen, sondern um einen offenen, dynamischen und kreativen Prozess, in dem die Politisierung der Ökonomie, die Stärkung sozialer Rechte und die Erneuerung der demokratischen Kultur sich gegenseitig verstärken. Nötig ist eine neue kollektive Lernerfahrung, dass das menschliche Streben nach Anerkennung nicht nur durch materiellen Eigennutz, sondern auch durch kooperatives und verantwortungsbewusstes Handeln befriedigt werden kann.

Alle drei Stränge sind auf vielfache Weise miteinander verknüpft. Es gibt sowohl materielle Wechselbeziehungen zwischen Sozialstaat, Demokratie und Ökonomie als auch diskursive. Ziel muss eine sich selbst verstärkende positive Entwicklungsspirale sein, das Projekt eines Sozial-ökologischen New Deal mit einer neuen Hegemonie verbindet. So haben kooperative Arbeitsformen andere Ansprüche an die Demokratie wachsen lassen. Eine neue demokratische Kultur wiederum wird auch die Wirtschaft verändern. Mehr Kooperation und ein breiterer Zugang zu den Produktionsmitteln führen zu einer größeren Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und sind Treiber für zukünftigen Wohlstand. Zugleich kann eine neue demokratische Kultur die Sicht auf unseren Sozialstaat verändern, so dass soziale Bürgerrechte als gemeinsame universelle Ansprüche verstanden werden. Der Ausbau sozialer Bürgerrechte wiederum stärkt soziale Gerechtigkeit und damit auch das Vertrauen in einer Gesellschaft, was wiederum die Bereitschaft und die Befähigung zum demokratischen Engagement erhöht.

Es geht dabei um etwas Neues, doch es muss konkret und erreichbar sein. Weder kann der Blick verklärend zurück auf den bürokratisch-fordistischen Nationalstaat oder in guten alten Willy-Zeiten gerichtet werden, noch darf sich der Blick nach vorn im kosmopolitischen Irgendwo verirren. Entgegen der merkwürdigen Allianz aus Neoliberalen und manchen kritisch-progressiven Sozialwissenschaftlern bleibt der Nationalstaat bis auf weiteres ein unverzichtbarer Raum für Lernerfahrungen, neue Diskurse und Politikansätze.

Zwar kann aus guten Gründen die Frage aufgeworfen werden, ob solche Bürgerrechte noch im nationalen Rahmen zu denken sind. Natürlich muss die Möglichkeit der Erweiterung zumindest auf die europäische Ebene immer mit gedacht werden. Die Diskurse müssen die Anschlussfähigkeit an europäische und internationale Lösungen in sich tragen. Auch könnte die Ausweitung des Gemeinsamen ein Nukleus der Verständigung der europäischen und internationalen Linken sein. Aber schon der Weg hin zum Vertrag von Lissabon hat deutlich gemacht, wie weit wir von einer demokratischen Kultur über die nationalen Grenzen hinweg entfernt sind. Eine politische Elite, die nicht in der Lage ist, im Dialog mit ihren Bürgern eine europäische Verfassung zu erarbeiten, die auch Identifikation stiftet und die Angst davor hat, diese von den Bürger/innen selbst ratifizieren zu lassen, muss sich über Abwendung von der Demokratie im Allgemeinen und das Erschlaffen der europäischen Idee im Besonderen nicht wundern. Da waren die Vordenker der US-Verfassung vor über 200 Jahren schon weiter. Ihnen ist zumindest eine öffentliche Debatte zwischen Föderalisten und Anti-Föderalisten um die Gestaltung der amerikanischen Demokratie gelungen. Da wir also von einer europäischen oder

gar kosmopolitischen „Bürgeridentität“ noch ein Stück entfernt sind, muss der Weg dorthin wohl zunächst über eine Re-Politisierung der nationalstaatlichen Demokratie führen.